

Waldenburger Zeitung

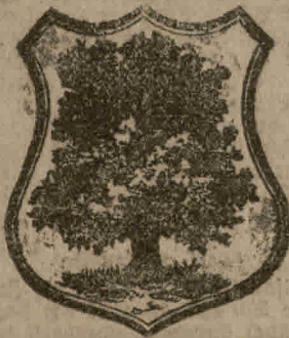
(Waldenburger)

Wochenblatt

Fernsprecher 3

Publikationsorgan

der städtischen Behörden von Waldenburg, sowie von Amts- und Gemeindevorständen des Kreises Waldenburg. Postfachkonto: Breslau Nr. 10073. Konto bei: Ortspostkasse der Stadt Waldenburg, Waldenburger Handels- u. Gewerbebank, Bankhaus Eichborn & Co., Communalständische Bank.



Erscheint täglich

mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 4,90, monatlich 1,65 M. frei Haus. Preis der einseitigen Petitzeile für Inserenten aus Stadt und Kreis Waldenburg 80 Pfg., von auswärts 85 Pfg., Vermietungen, Stellengesuche 25 Pfg., Reklametext 1 M.

Erzbergers Sparprämien-Anleihe.

Regierung und Parteien.

Die Erklärungen des Reichskanzlers am Dienstag in der Nationalversammlung haben in der deutschen Presse nur zum Teil die Aufnahme gefunden, die ihnen nach Sachlage der Dinge und ihrer sachlichen Bedeutung nach zukommt und man hat sich zumeist darüber aufgehalten, daß das äußere Bild der Versammlung so sehr wenig von einem großen Tage hatte und hat die Erinnerung an früherer Tage erster Ordnung im alten Reichstage heraufbeschworen. Vielleicht wäre der Eindruck der Rede des Reichskanzlers Bauer tiefer gewesen, wenn eine andere „Ausmachung“ sich bemerkbar gemacht hätte, aber andererseits muß man doch wohl zugeben, daß die jetzige Zeit wenig für gemachte Demonstrationen geeignet ist. Tatsächlich ist das Ergebnis der Aussprache in der Nationalversammlung in ihrer Gesamtheit nicht unerheblich, obwohl sie am Mittwoch leider durch das Attentat auf den Abgeordneten Haase eine so unerfreuliche Unterbrechung erfuhr. Der Abgeordnete Sirefmann machte sich zum Dolmetsch der Gefühle des ganzen Hauses, als er seinen Abscheu über das Verbrechen zum Ausdruck brachte. Dieser Zwischenfall konnte aber nur vorübergehend von den politischen Vorgängen selbst ablenken und den Eindruck nicht verwischen, daß der Ertrag der großen politischen Aussprache mehr als befriedigend und von erheblicher Bedeutung über den Tag hinaus war. Der Kampf der Opposition auf der äußersten Rechten und Linken hat, das haben die Reden dieser beiden Tage deutlich gezeigt, die Koalition der drei Mehrheitsparteien nur noch enger werden lassen als bisher, und auch die nächsten Wahlen, wie immer sie auch ausfallen, werden diese Koalition nicht befeitigen. Das ist natürlich von ausschlaggebender Wichtigkeit. Wir werden bis auf weiteres mit der bisherigen Mehrheit weiter zu regieren haben, und es ist daher zu begrüßen, daß die Regierung, die sich auf sie stützt, nicht nur die Fähigkeit, sondern auch den Willen zu haben scheint, auf Grund der neuen Verfassung und mit Hilfe der regierungstreuen Reichswehrtruppen wirklich verfassungsmäßige Zustände herbeizuführen. Die Debatten in der Nationalversammlung haben das Gefühl, daß sich die Regierung schließlich doch durchsetzen wird, nur bestätigen können, und nicht zuletzt hat dazu auch die Rede beigetragen, die der Reichswehrminister Roste am Mittwoch hielt, und in der er sich so scharf gegen die Agitation der Rechten aussprach. Ganz allgemein ging der Eindruck dieser zweitägigen Debatte dahin, daß wir, wie der Abg. Weiterer es schon in einem treffenden Bild ausdrückte, daran sind, das ein Stumm hin- und hergeschluderte Reichsschiff wieder auf festen Kurs zu setzen.

Deutsche Note über die Abstimmung in Copen-Malmedy.

Berlin, 8. Oktober. Der deutsche Vertreter hat in Versailles eine Note überreicht, in der über die Bestimmungen des Friedensvertrages hinsichtlich der Volksbefragung in den Kreisen Copen und Malmedy vollkommene Klarheit verlangt wird, die nur so notwendig sei, als die Bevölkerung die Ungewißheit über die Einzelheiten des Abstimmungsverfahrens als drückend empfinde, und als die belgischen Behörden mehr und mehr eine für freie Stimmabgabe keine Garantie bietende Haltung annähmen.

Die deutsche Regierung schlägt vor, daß das Stimmrecht allen Personen beiderlei Geschlechts gewährt wird, die bei Inkrafttreten des Friedensvertrages das zwanzigste Lebensjahr vollendet haben und in dem Gebiete geboren sind oder dort seit dem 11. November 1918 ihren Wohnsitz haben. Weiter wird deutscherseits vorgeschlagen, daß die Abstimmung in den einzelnen Gemeinden der in den Bürgereinstimmungs-

stattfindet, da nur die gemeinbeweise Abstimmung dem Völkerbund die nötigen klaren Unterlagen für die Entscheidung biete. Die deutsche Regierung bemängelt ferner besonders die Unklarheit, die über die bei der Abstimmung vorzuliegenden Fragen herrsche. Sie schlägt vor, daß die der Abstimmung zugrunde liegende Frage einfach lauten solle: „Vereinigung mit Deutschland oder mit Belgien“, welche Fassung auch im Interesse der Freiheit der Abstimmung unumgänglich notwendig ist, da, wenn die Bewohner darüber abzustimmen hätten, ob sie deutsch bleiben wollten, jeder, der zur Abstimmung erscheine, von den belgischen Behörden nachteilig behandelt werden würde. Es wird deutscherseits die Einsetzung einer vom Völkerbund zu ernennenden Kommission vorgeschlagen, der weder Deutsche noch Belgier angehören, sowie der geheime Charakter der Abstimmung gesichert. Es wird in der Note angeführt, daß aus beiden Kreisen viele Klagen und Beschwerden eingelaufen sind über Versuche der belgischen Behörden, die freie Abstimmung zu hintertreiben. Besonderen Eifer zeige der belgische Verwaltungs-Kontrollleur in Copen, der erklärte, er werde den Ersten, der abstimmen wolle, die Treppe hinunterwerfen und bei großem Andrang bei der Abstimmung das Lokal schließen. Es wird in der Note darauf hingewiesen, daß durch das Verhalten der Belgier die irrtümliche Ansicht gefördert werde, daß, wer für Deutschland stimme, auch für Deutschland optiere. Auch werde von belgischer Seite behauptet, die Abstimmung werde öffentlich sein.

Die deutsche Regierung sehe das beste Mittel gegen diese Treibereien darin, daß über die noch zweifelhaften Fragen der Abstimmung Klarheit geschaffen werde und erlaube die alliierten und assoziierten Mächte um baldige Erklärung über diese Punkte.

Neue Gewalttaten der belgischen Besatzung.

Berlin, 8. Oktober. Der „Vorwärts“ meldet: In Aachen überfielen am Freitag belgische Besatzungstruppen die Büros einer Anzahl von Gewerkschaftsverbänden, und verhafteten die Angestellten. Hieraus wurde in vandalischer Weise Hausdurchsuchung vorgenommen, wobei aus fast allen Büros Kassenbestände verschwanden. Angeblich handelte es sich um die Suche nach Dolchweissern und bolschewistischen Schriften.

Eine Sparprämienanleihe.

Berlin, 8. Oktober. Auf Grund des § 2 des Gesetzes betreffend einen Anleihekredit für das Rechnungsjahr 1919 ist der Reichsfinanzminister ermächtigt, mit Zustimmung des Zehnerausschusses der Nationalversammlung die zur Bestreitung außerordentlicher Ausgaben bewilligten Kredite auch durch Ausgabe von Inhaberpapieren in Prämien flüssig zu machen. Ein von dem Reichsminister der Finanzen dem Ausschuss heute vorgelegter Plan für eine Sparprämienanleihe ist in der heutigen Sitzung des Zehnerausschusses eingehend besprochen worden und hat gegen eine Stimme mit einer Stimmenthaltung Annahme gefunden.

Der Mordanschlag auf den Abgeordneten Haase.

Berlin, 8. Oktober. Zu dem Attentat auf den Abg. Haase ist zu berichten, daß ein sofort anwesender Arzt feststellen konnte, daß Haase, der das Bewußtsein behielt, nur leicht verwundet war. Es handelt sich um zwei Weichteilschüsse in den Ober- und Unterschenkel. Das Befinden gibt zur Stunde zu Besorgnissen keinen Anlaß.

Der Täter gab bei seiner ersten Vernehmung an, ein 51 Jahre alter Leber- und Galanteriearbeiter Johann Bock aus Wien zu sein. Sein Vater war ein Reichsdeutscher aus Südböhmen. Er habe die Tat bei völliger Ueberlegung begangen, weil es so nicht weiter gehe. Er war der Meinung, daß er Haase getötet habe und sprach seine Genehmigung darüber aus. Der Täter gab später an, daß er die Tat vollführt habe, um dem Abgeordneten Haase einen Denkgeld zu geben, weil er gegen ihn einen Prozeß wegen Erpressung angestrengt habe. Der Täter hat seinerzeit Flugblätter gegen das Lotteriespiel verbreitet und der damals noch geeinten Sozialdemokratie vorgeworfen, daß sie das Glücksspiel begünstige. Später hatte Bock dem Abgeordneten Haase vorgeworfen, daß er Schweißgeld bezahle. Ein darauf angelegter Erpressungsprozeß verlief zu Ungunsten des Bock.

Ein Schwachsinziger?

Berlin, 8. Oktober. Zu dem Attentat auf den Abgeordneten Haase erklärt der Berliner Polizeipräsident: Die Annahme, daß kein politischer, sondern nur ein rein persönlicher Mordanschlag vorliege, hat sich bestätigt. Es handelt sich um die Tat eines halb irrsinnigen oder eines geistig minderwertigen Menschen. Das geht aus einem Flugblatt hervor, das bei ihm vorgefunden wurde und folgendermaßen lautet: Offener Brief an das deutsche Volk. Extravergabe 5 Pfennige. Kauft keine Klassenlotterielose. Die Ziehungskommission schwindelt. Wer sind die Auftraggeber dieses Schwindels? Die Hohenzollern sind es! usw.

Haase wollte enthüllen.

Berlin, 8. Oktober. Abg. Haase wollte heute in der Nationalversammlung, wie die „Nationalz.“ erfährt, scharfe Kritik an der Politik der Regierung üben, speziell in der Balkenpolitik. Im Rahmen seiner Ausführungen habichtige Haase aufsehenerregende Mitteilungen über die russische Werberarbeit in Berlin zu machen. Er wollte mit unwiderleglichen Dokumenten beweisen, daß sich in Berlin die Vertretung einer neu gebildeten westrussischen Regierung befindet, die mit Kollaboration und Denit in engster Fühlung steht. Es sollen sich sogar zwei Mitglieder dieser westrussischen Regierung ständig in Berlin aufhalten, wo sie die Propaganda und Werberarbeit für die russische Gegenrevolution leiten sollen. Der Abg. Haase wollte auch Mitteilungen über den Verkehr zwischen diesen russischen Vertrauensleuten und der deutschen Regierung machen. Im Büro der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ist man aber überzeugt, daß der Grund zu dem Attentat nicht in persönlichen Rachegefühlen des Attentäters zu suchen sei, sondern daß es sich vielmehr um ein politisches Attentat handelt. Haase sollte an seiner Rede in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung verhindert werden. Die Aussagen des Attentäters seien nur Vorpiegelungen, um die politische Seite des Attentats zu verhindern.

Das Ende des Kriegszustandes in Sicht.

Basel, 8. Oktober. Der Korrespondent der „Basler Nachrichten“ meldet aus Paris, daß der Friede von Versailles höchstwahrscheinlich schon in der nächsten Woche in Kraft treten

werde. Dann würden drei Ratifikationen beisammen sein. Dann sei der Kriegszustand zu Ende, und die offiziellen Beziehungen zwischen den Entente-Staaten und Deutschland sollten wieder aufgenommen werden. Frankreich werde dann eine Erklärung im Rahmen des Einvernehmens abgeben; man spreche davon, daß die Rufe überhaupt abgeklappt werden sollten. Es besähe auch kein Zweifel, daß der Rat des Völkerbundes bald zusammenzutreten werde ohne Rücksicht darauf, ob der amerikanische Senat ratifiziert hat oder nicht.

Berlin, 8. Oktober. Die Kammer beschäftigte sich in der gestrigen Nachmittags-Sitzung mit dem Gesetzentwurf betreffend die Festlegung des Datums der Beendigung der Feindseligkeiten und damit auch des Aufhörens des Belagerungszustandes und der Genjur. Nach Marcel Hulin im „Echo de Paris“ glaubt man in politischen Kreisen, daß vielleicht schon die kommende Woche der Kriegszustand zwischen Frankreich und Deutschland aufhöre und die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden wieder aufgenommen würden. Für eine gewisse, noch zu bestimmende Zeit werde ein einfacher Paß genügen, um von Frankreich nach Deutschland oder von Deutschland nach Frankreich zu reisen.

Der Pariser Morgenpresse zufolge werden die beiden französischen Besatzungsarmeen, deren Kommandostützpunkt in Mainz und Landau besteht, aufgelöst und die beiden kommandierenden Generale Mangin und Gérard abberufen. Das gesamte französische Besatzungsheer im Rheingebiet wird unter das Kommando des Generals Degoutte gestellt.

Deutsche Nationalversammlung.

13. Sitzung, 8. Oktober.

Die Mittwoch-Sitzung der Nationalversammlung stand unter dem Eindruck des Rebellentanzschlages auf den Unabhängigenführer Haase. Die verabschiedungswürdige Tat beherrschte unangenehm das ganze Interesse. Präsident Fehrenbach und der Deutsche Volkspartei-erster Stellvertreter, als erster Redner aus dem Hause, gaben der Trauer und der Enttäuschung Ausdruck. Fehrenbach führte dann weiter folgendes aus: Der Reichstanzler hat erfreulicherweise starke Worte gesprochen gegen

das Schieberwesen.

Viel Schuld daran ist die Zwangswirtschaft, die sich zur Abwicklung von Geschäften häufig solcher Gestalten bedient hat, die von der öffentlichen Industralie solcher Aufgaben nicht für würdig erachtet werden. Wir werden hoffentlich bald wieder zur freien Wirtschaft kommen. Von demokratischer Seite ist gesagt worden, wer jetzt noch für die Wiederherstellung einer Demokratie, der habe keine Vergnügen. Demgegenüber muß ich hervorheben, daß der Liberalismus seine Ideale immer gesehen hat in einer konstitutionellen Monarchie mit parlamentarischer Regierung, wie in England. Meine Freunde lehnen in jedem monarchistischen Putsch ganz entschieden ab, wohl aber werden wir gegen die Verfassung für den monarchistischen Gedanken in Deutschland werben, weil wir aus Vernunftgründen Monarchisten sind. (Beifall rechts.)

Reichswehrminister Roste:

Nach dem Friedensvertrag sind sämtliche Abmachungen über den Osten hinsichtlich geworden. Es ist daher unerträglich, wenn einzelne Parteien und die Teil der Presse auf die Truppen auch weiterhin damit einwirken, daß sie sich im Recht befinden, und daß sie den Befehlen zum Rückmarsch nicht Folge leisten sollten. Ich wäre auch die Notwendigkeit, die viele Soldaten veranlaßt haben, draußen bleiben zu wollen. Sie fürchten die Unbereitschaft, den Terror und den Völkermord. Es ist auch richtig, daß die Truppen im Balkan sich in ihren Erwartungen betrogen fühlen. In ihrer Not hat die lettische Regierung den Soldaten die Einbürgerung versprochen und keine Einwendungen erhoben, als den Truppen die Anstellung in Aussicht gestellt wurde. (Hört! Hört!) Wären vor Monaten die deutschen Truppen aus dem Balkan weggekommen, so gäbe es wahrscheinlich heute

keine lettische Regierung mehr.

Die Regierung wird alles daran setzen, um Deutschland vor einem neuen schweren und ernstlichen Konflikt mit der Entente zu bewahren. Offene Unbereitschaft und offene Ungehorsamkeit der Soldaten werden so geahndet werden, wie es sich gehört. Der Aufruf des Majors Bischof an die Eisenbahn-Division ist ein Maß von Insubordination, von Anfechtung gegen die Interessen des Reiches, wogegen mit aller Macht eingeschritten werden muß. (Beifall rechts.) Gegen Major Bischof ist kriegsgerichtliche Untersuchung angeordnet. Mit allem Nachdruck und tiefstem Ernst möchte ich einen Teil der deutschen Presse bitten, uns unsere schwere Arbeit nicht noch weiter zu erschweren. Wie leichtfertig ein Teil der Presse vorgeht, zeigte dieser Tage ein Blatt, das mit Neugierden die Uebergriffe brachte „General von der Goltz russischer Ueberläufer“, während es in kleiner Schrift die Höchstigkeit der Meldung selbst gewissermaßen nicht. (Hört! Hört!) Wahr ist, daß General von der Goltz völlig loyal und korrekt seine Pflicht tut. Vor allem sucht die deutsch-nationale Presse die Truppen in ihrem Widerstand zu bestärken. Sie wagt der Regierung Schandlosigkeit vor und so fort. Graf Hohenhausen hat die Verantwortung für solche Mißverständnisse der Presse abgelehnt. Die deutsch-nationale Fraktion kann aber die „Deutsche Zeitung“ nicht von sich abspalten. Wir können nicht dulden, daß ein 60-Millionen-Volk durch solche Unschicklichkeiten

in schwerste Gefahr

gebracht wird.

In den letzten Wochen wird von deutsch-nationaler Seite ganz systematisch das leidliche Verhältniß zu untragbar versucht, das sich

zwischen den Offizieren und mit herausgebildet hat. Der preussische Offizier hat es nie als eine Beschimpfung angesehen, wenn man auf seine Armut hinwies, nichts anderes habe ich getan. (Hohol! Rufe rechts.) Es kennzeichnet die Art des Kampfes, wenn Sie berufen, aus meinen einwandfreien Worten Kapital zu schlagen. Lubendorff hat damit angefangen, und Graf Bismarck ist ihm gefolgt. Jetzt sucht man das bischen mit unerbittlicher Mühe geschaffene Militärwesen durch eine Broschüre zu zermürben, die an die Soldaten verteilt werden soll. Darin wird gesagt, daß in Wahrheit in Deutschland unabhängige und Sparta-like regieren, daß keine Verantwortung bestünde, der Regierung den Terror zu leisten, daß die Regierung nichts für die Zukunft der Soldaten tue usw. Diese Subversive Schrift dieses Pamphlet ist gedruckt in der „Deutschen Tageszeitung“. (Hört! Hört! links.) Durch Einschlebung in die Häuser bei einer Hausdurchsuchung konnten wir feststellen, daß der Austraggeber der Vorrede der deutsch-nationalen Volkspartei ist. (Südmische Hört! Hört! Rufe links, links, Zurufe rechts, Zurufe bei den Sozialdemokraten; Warum greift man nicht zu?) Ganz selbstverständlich ist gegen die Schuldigen Straf-antrag gestellt worden. (Beifall links.) Gegen eine so schiefe und unerbittliche Weise, die Soldaten zur Treulosigkeit und Unbereitschaft zu verleiten, muß

scharf zugegriffen

werden. (Beifall links, links rechts, Zurufe rechts: Rufe!) Meine Tätigkeit in Kiel hat das Licht nicht zu scheuen. Auch General Lubendorff hat von meiner Kieler Tätigkeit gesprochen, er ist der Beherrschende der ein Recht hat, zu fragen, ob ich vor der Geschichte verantworten könnte, was ich in Kiel getan habe. (Sehr richtig links.) Nichtredigkeit liegt mir fern, wenn aber damals nicht zehntausende wild gewordener Matrosen wie eine Sturmflut sich über ganz Deutschland ergossen und Schrecken über das ganze Land gebracht haben, so bedauere Sie das dem Umgang, daß ich Tag für Tag und Stunde für Stunde dort mein Leben in die Schanze geschlagen habe. (Beifall links, links rechts.) Den Auseinandersetzungen über meine Kieler und meine übrige Tätigkeit sehe ich mit ruhiger Gelassenheit entgegen. (Beifall links.)

Unser Land blutes aus hunderttausend Wunden. Hilfe kann nur kommen, wenn in allen Schichten des Volkes allmählich die Erkenntnis reift, daß es nicht angeht, jetzt in unseren Wunden auch noch zu wühlen. Wir möchten sofortige Hilfe zur Heilung und zur Vernunft, wenn aber diese Mahnung nicht hilft, muß zur Tat geschritten werden,

das gilt sowohl für Sie (nach rechts) wie für die Herren auf der äußersten Linken. (Sehr beifall bei der Mehrheit, links rechts und bei den Unabh.) Hierauf wird die politische Aussprache vorläufig abgebrochen.

Es folgt der Haushalt der Reichsjustizverwaltung.

Abg. Waldstein (Dem.): Zunächst möchte ich den neuen Justizminister, den ich an seinem Platz begrüße, fragen, ob eine weitere Amnestie zu erwarten ist. Das Strafrecht muß baldig reformiert werden. Wie steht es mit dem Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses und wie steht es mit der Frage der Verleumdung der Patente? Den Rechtsanwältinnen muß größere Freizügigkeit innerhalb des ganzen Reiches gesichert werden, sie müssen sofort in allen Eingekerkerten zugelassen werden, unabhängig davon, wo sie ihr Examen gemacht haben. Nach der Revolution muß auch eine Erneuerung der Justiz an Haupt und Gliedern eingehend erörtert werden.

Justizminister Schäffer:

Die Ansicht des Abg. Waldstein, daß die Politik in die Justiz eingeführt werden soll, kann ich nur dahin ansprechen, daß das Recht in höherem Maße als bisher in die Politik einbringen muß. Meine Hauptaufgabe wird es sein, den Rückweg zum Rechtsstaat zu finden, aus der Zeit der Revolution zur Ordnung zurückzuführen. Wir müssen unserer Lage wegen zu fester rechtlicher Grundlage kommen. Die Absicht, eine Amnestie zu erlassen, besteht nicht, sollte sie aber geäußert werden, so muß ich Bedenken tragen, ihr zuzustimmen. Es ist unsere Pflicht, in der jetzigen Zeit das Recht zu stärken. Es wird jetzt viel zu viel amnestiert, besonders die Unabhängigen haben ihre besondere Methode zu amnestieren, indem sie die Verbrecher aus den Gefängnissen herauslassen. Wir müssen daher in dieser Beziehung etwas zurückhaltender sein. Die Reform des Strafrechts beschäftigt das Reichsjustizministerium sehr viel. Der Entwurf ist ziemlich fertiggestellt und die Frage seiner Verwirklichung wird in der nächsten Zeit entschieden werden. In Bezug auf das Anwaltswesen liegen gewisse schwere Verhältnisse vor. Ich werde die Verhältnisse genau prüfen und dann das Erforderliche einleiten. So-bann befinden sich mehrere Vorlagen über Gerichts-verfahren u. a. m. in Ausarbeitung. Das richtige Verhältnis zwischen Volk und Rechtspflege herzustellen, ist sehr schwer. Das Recht ist der großen Masse unseres Volkes fremd geblieben. Es wird unsere Aufgabe sein, Recht und Volk einander näher zu bringen. In der inneren Ausgestaltung des Rechts müssen vollständige Anschauungen verwirklicht werden. Dabei kann ich auf einen wissenschaftlich durchgebildeten Beamtenstand niemals verzichten, ich werde auch mit Männern des parlamentarischen Lebens in Verbindung treten und ihre Ansicht hören, um abzuhelfen, wo ich abhelfen kann. (Beifall.)

Abg. Dr. Einsheimer (Soz.): Jetzt ist die Zeit zu weitgehenden Reformen auf dem Gebiet des Strafrechts und des Strafprozesses. Hoffentlich kommt die Vorlage bald.

Reichsjustizminister Schäffer: Eine Änderung des Zivilprozessverfahrens wird bereits erörtert.

Damit ist die Aussprache über die Reichsjustizverwaltung erledigt. Es folgt das

Reichsfinanzministerium.

Abg. Dr. Werth (Centr.): Ich möchte den Finanzminister dringend bitten, auf eine baldige Neuregelung des Besoldungswesens hinzuwirken.

Reichsfinanzminister Erzberger:

Das Reich muß jetzt für die Einnahmen im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden sorgen. Der 1. Oktober wird ein Markstein in der finanziellen Entwicklung des Reiches sein, indem jetzt zum ersten Male, seitdem ein Deutsches Reich besteht, das Reich seine Steuerverwaltung, Herr seiner Steuerereinnahmen sein wird. Dieser Schritt ist auch von großer politischer Bedeutung. Die Länder haben große Opfer gebracht. Die Organisation der Landesfinanzen entspricht nicht ihrer Abgrenzung nicht meinem Ideal. Ich hätte gewünscht, daß die Landesfinanzämter gleichzeitig die Reichsfinanzämter dargestellt hätten. Der Gedanke des Einheitsstaates muß im Interesse der Steuer stark in den Vordergrund gestellt werden. Ich hoffe, daß wir auch ein einheitliches Reichssteuerrecht für Deutschland bekommen. Das ist die Voraussetzung für das Gelingen der Reichsfinanzreform. Ich bitte das Haus dringend, die Abgabenordnung noch vor Ablauf dieses Monats endgültig zu verabschieden. Dann ist das Fundament gelegt, auf dem der einheitliche Plan aufgebaut werden kann. Die Vorarbeiten sollen so beschleunigt werden, daß die neue Besoldungsordnung am 1. April 1920 in Kraft tritt.

Der Etat wird erledigt.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr: Interpellation Scheibemann (Soz.) über die Preistreiberereien im Schiffwarenhandel, Pensionsfonds, Fortsetzung der politischen Aussprache, Etat der Reichspostverwaltung.

Preussische Landesversammlung.

61. Sitzung, 8. Oktober.

In der heutigen Sitzung der Preussischen Landesversammlung wurde der Haushalt der Zentralgenossenschaftskasse in zweiter Beratung erledigt. Der Zentrumsabgeordnete Ester stellt einen Antrag auf Umstellung des Beitrages der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse in eine Vermögensstelle zwischen der Verwaltung und den Genossenschaften, der die Zustimmung aller Parteien fand und ebenso wie der Haushalt für die Zentralgenossenschaftskasse angenommen wurde. Danach trat das Haus in die zweite Beratung des Haushalts für die Eisenbahnverwaltung ein, zu der zahlreichere Anträge und Entschlüsse, u. a. über die Ermahnung der Eisenbahner zu treuer Pflichterfüllung, die Befestigung der „Wilden Arbeiter“, die Demokratisierung der Eisenbahnverwaltung und Besoldungsfragen, vorliegen. Der Deutsche Volksparteiler Garnik und der Abgeordnete Wente (Dem.) führten lebhafteste Beschwerden über die Einstellung des Schnellzugverkehrs zwischen Berlin-Stettin-Breslau.

Minister der öffentlichen Arbeiten Ester: Wir wußten, daß die Maßnahme schwer und hart ist und sogar als unerträglich angesehen werden könnte. Wir waren durch die schwierigen Betriebsverhältnisse dazu genötigt, und ich sage in diesem Zusammenhang, daß die Verhältnisse sich nicht bessern, sondern eher noch verschlechtert werden. Der Bedarf an Kohlen und Lokomotiven und die allgemeinen Leistungen sind noch nicht auf die Höhe gebracht worden, die für eine alte Entwicklung des Betriebes erforderlich ist. Die zur Rede stehende Maßregel wurde aus sehr triftigen Gründen nicht auf das ganze Gebiet ausgedehnt. Im Kohlenrevier müssen die Kohlen, auf denen noch beträchtliche Kohlenvorräte lagern, bis zur Inkraftsetzung des Friedensvertrages so rasch als möglich entleert werden,

damit uns diese Vorräte nicht noch verloren gehen.

Auch im Westen kann die Einstellung des Schnellzugverkehrs nötig werden. Nur um die Gleichmäßigkeit herzustellen, können wir uns dazu noch nicht entschließen, denn das würde sich nicht verantworten lassen. Ich setze aber ausdrücklich, daß weitergehende Maßnahmen in der Betriebseinschränkung notwendig werden können. Es kann dahin kommen, daß der Personalverkehr so gut wie vollständig eingestellt wird, müssen des Arbeiter- und Geschäftsverkehrs und des Milch- und Verkehrsverkehrs. Es fehlen uns nicht nur 5000 Lokomotiven und 50000 Wagen, die wir an die Gegner abliefern mußten, sondern wir nähern uns auch jetzt der Periode, in der sich die Wochen und Monate der Strecken im Frühjahr bemerkbar machen; damals bestand die Möglichkeit zum Abtransport der Kohlen. Die damals verkauften Wochen und Monate lassen sich nicht wieder einholen. Für die schwere Zeit, in der uns Kohlen und Rohmaterial fehlen, können die Streckenbetreiber die Verantwortung nicht abgeben. Große Schwierigkeiten erwachsen uns auch aus der überaus schlechten Qualität der Kohle. Wir fahren täglich 4000 Wagen Steine ab, die als Kohle deklariert und bezahlt werden. Der schlechte Brennstoff, der die Züge zum Stillstand auf der Strecke bringt, bis unterwegs die schlechten Brennstoffe aus der Brennmasse herausgelaut sind, ist eine der wesentlichen Ursachen für die außerordentlich langsamem Betriebesabwicklung. Die Schwierigkeiten vermehren sich durch die Gefangenentransporte, die uns aus dem Waffenstillstand erwachsen. Die Verpflichtungen zum Abtransport von Gefangenentransporten und die sich jetzt mehrenden Gefangenentransporte. An alle Arbeiter und Beamten richte ich den Ruf auf: Seid eingedenk der Pflicht, die Ihr auf Euch

nehmen müßt, weil Ihr in einem sozialfertigen Unter-nehmen arbeitet und verwirklicht das Wort: Sozia- lismus heißt mehr leisten!
In die dann beginnenden Aussprache, die heute nicht zu Ende geführt wurde, brachten Redner aller Parteien Wünsche und Anregungen über die Um- gestaltung der Eisenbahnerverwaltung vor.
Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 12 Uhr: Weiterberatung.

Letzte Lokal-Notiz.

* Kunstnotiz. Im Schaufenster der Firma Robert und am Ringe hat der hiesige Kunstmalers Johannes Zabel ein Stillleben größeren Stils ausgestellt. Blumen, Früchte, geschliffenes Glas u. a. beleben in der von dem Meister beliebten flachen, frischen Formen- und Farbengebung einen Tafelausschnitt und inter- essieren den Beschauer in ihrer vielseitigen Gesamt- anordnung.

Letzte Telegramme.

Vor einer Kartoffelkatastrophe.

Berlin, 9. Oktober. Die durch die Kohlennot verursachte ungünstige Verkehrslage droht sich nach

den Morgenblättern zu einer Kartoffelkata- strophe auszuwachsen. Es fehlt an Verkehrsmitteln, um die Kartoffeln rechtzeitig, noch bevor der Frost einsetzt, nach den Städten zu bringen.

Siemensstadt ohne Licht.

Berlin, 9. Oktober. In Siemensstadt ist seit gestern abend um 6 Uhr von der Streifenleitung der elektrischen Arbeiter in Spandau der gesamte elektri- sche Strom abgeschnitten worden. Der Stadtteil liegt vollständig im Dunkeln. Kanalisation und Straßen- bahn sind ebenfalls stillgelegt. Es ist auch zu Aus- schreitungen der Streikenden gekommen. In der Ge- neralversammlung der Metallarbeiter hat der Reichs- arbeitsminister Vermittlungsvorschläge gemacht. Der Minister weist in einem Schreiben darauf hin, daß er die Vorschläge macht im Interesse des Volkes und seiner Wirtschaft. Beide Parteien wollen in den ein- zelnen Berufsgruppen zusammenreten, um die im Schiedsspruch vom 21. August festgesetzten Lohnfor- derungen anzuordnen. Wenn keine Verständigung erzielt würde, so entscheiden im Einvernehmen beider Parteien vom Reichsarbeitsministerium ernannte Sachverständige.

Generalfreik im Saargebiet.

Saarbrücken, 9. Oktober. General Andleure erläßt durch Maueranschlag folgende Proklamation: Seit 4 Uhr nachmittags finden Unruhen in den Straßen Saarbrückens statt. Verschiedene Bäden sind geplündert worden. Die Angestellten der Bahn streiken. Die Metallarbeiter haben sich dem Streik an- geschlossen. Nach eingegangenen Nachrichten soll mor- gen das ganze Saargebiet streiken. Zur Auf- rechterhaltung der Ruhe und Ordnung verhängt der General als oberster Verwalter des Saargebietes zu- nächst den Belagerungszustand über das Saargebiet. Niemand darf sich nach 9 Uhr abends auf der Straße aufhalten, es sei denn, daß er nach- weislich Dienst verrichtet. Das Zusammengehen so- wie Versammlungen werden nicht gebildet. Weitere Maßnahmen werden in kurzem getroffen werden.

Wettervorausage für den 10. Oktober:
Unbeständig, windig, kühl.

Druck u. Verlag Ferdinand Dornel's Erben (Geschäftsleitung: D. Dietrich). — Verantwortlich für die Schriftleitung: B. Münz, für Reklame und Inserate: G. Anders, sämtlich in Waldenburg.

Frangellations- Versammlung
in Saale der „Stadtbrauerei“, Charlottenbrunner Straße.
Freitag den 10. Oktober, abds. 8 Uhr: „Was ist Dir Dein Christentum wert?“

Grütlein, 28 J., v. gut. Figur, sehr häußl. u. m. schön, gut. Haushalt, wünscht nett. Herrn, auch Vergm., zw. Petrat kennen zu lernen. Nur ernstgem. Zu- sprächen, mögl. mit Bild, bitte unter L. G. an die Geschäfts- stelle d. Btg. senden zu wollen.

Als Klavierpieler
empfiehlt sich zu Hochzeiten und allen Gelegenheiten
Josef Deutschmann,
Hochwaldstraße 3.

Kranke Frauen
gebrauchen bei **Regelstörung** und Störung in den härtesten Fällen bewährt. Spezialmittel. Voll- ständig mit **Garantiefchein**, wenn alles nicht gehoben, machen Sie noch einen Versuch, auch Sie werden mir stets dankbar sein.
Dist. Versand C. Ahmling, Hamburg, Baulstraße 2, L.

Brombeeren, Breckäpfel, Breckbirnen, Obereischen
kauft
Paul Opitz Nachf.,
Friedländer Str. 33.

Hagebutten, Stieleben und Hohlunderbeeren,
abgestreift, kaufen
Gulau Seeltiger, G. m. b. H.

Ein Pianino
kaufen gesucht, auch wenn reparaturbedürftig.
Pfeiffer, Sandeshut Schl.,
Gartenstraße 6.

Suche ein kleines Hotel, Gasthaus oder Restaurant zu pachten oder zu kaufen. Anzahlung 20000 Mark. Gefl. Offerten u. K. 101 i. d. Geschäftsst. d. Btg. erb.
Wegen Aufgabe meines paus- hals verkaufe ich ein **Stiefelzimmer, eine Rüben-Ümrißung,** sowie versch. and. Gegenstände.
Waldenburg, Waldenburg, Bismarckstraße 4, I. Et., itko.

Verein der Aerzte des Kreises Waldenburg i. Schl. E. V.

Wir halten von jetzt an
am Sonnabend nachm. u. Sonntag keine Sprechstunde.
Entgegenstehende Anzeigen auf Schildern, Drucksachen etc. sind ungültig.
Der Vorstand: Dr. Millisch.

Haut- u. Geschlechtskrankheiten,
Kopf- und Gesichtsausschläge, trockene und nasse Flechten, offene Beine, Salzfluß, Hautjucken, Hautausschlag, geschlechtliche Störungen u. Krankheiten beider Geschlechter behandelt nach praktischen Erfahrungen. 8-5, Sonntags 8-12 Uhr. Donnerstag nachmittags keine Sprechstunde.
F. Steinert, homöopath. Heilkundiger,
Gottesberg, Alte Bahnhofstraße 15, I.

Geschäftsanzeige.
Hierdurch erlaube mir die ganz ergebene Mit- teilung, daß ich das
Hotel „zum gelben Löwen“
hier selbst käuflich übernommen habe. Es wird stets mein Bestreben sein, **jedem** meiner verehrten Gäste das bestmögliche zu bieten, und bitte ich ganz er- gebenst um geneigten Zuspruch.
Mit vorzüglicher Hochachtung
F. Haerzer.

Pretzel & Küsters
Breslau 71, Kaiser-Straße 11.
Telef: Ohle 1565. Tel.-Adr.: Landmaschine.
Sofort lieferbar:
Kartoffelerntemaschinen
Marke „Fünfstab“ Patent „Pretzel“
Kultivatoren
mit und ohne Radschneidwerk,
Rübenschneider etc.
General-Vertreter für Schlesien der Maschinenfabrik
Gustav Pretzel, Jauer.

Verkauf von ff. Schweizer Tafel-Äpfeln
Freitag den 10. Oktober, früh von 8-12 Uhr, nachmittags von 2-5 Uhr, und folgende Tage, Pfd. 1.- Mk., bei Abnahme von 50 Pfd. 90 Pfg., auch an auswärtige Händler, im
Bartsch-Keller, Schenerstraße.

Gute Wintersocken
Paar 4.75 5.50
Damen-Strümpfe
6.90 10.75
Partiewarenhaus
am Sonnenplatz.

Haus in Gottesberg
für 35000 Mark, Anzahlung 12000 Mark, zu verkaufen. Miete 1800 Mark. Der darin befind- liche schöne Baden wird 1. Okto- ber 1920 frei.
Büro Schulz,
Krummhübel i. Bzg.
Ein gut erhaltener
Kinder-Sportwagen
(Friedenswagen) ist billig zu verk.
Gottesberger Str. 8, im Baden.

800 Ztr. Daueräpfel (Winter-),
500 Ztr. gute Konservenbirnen
ferner:
Saubohnen (500 Ztr.)
und sonstige Hülsenfrüchte
für Müttenwerke usw.
hat abzugeben
A. Zippel, Mühlbock,
5. Tiefenfurt D/S.



Rasch und sparsam
putzt
Urbia
überall benutzt man ihn!

in allen Arten von Leder geeignet.
Fabrik: Urbia & Lemm, Charlottenburg



Puppen - Klinik Köpferstr.
Nr. 26, II.
Helene Bruske.

Achtung!
„Photo-Kunst“

Welcher Besitzer würde in modernem Hause photographisches Atelier einbauen? In Frage kommt ganze Etage, bevorzugt Freiburger Straße, Ring, am liebsten mit helle großen Wohnräumen. Eventl. würde auch bestehendes Geschäft von Kollegen käuflich oder pachtweise übernehmen, wenn Gelegenheit, sich zu erweitern und modernisieren. Offerten an

E. Gottschlich,
Kunstmalers und Photograph,
z. Bt. Zuntichendorf,
Kr. Neustadt, Schl., b. d. Kirche.

**Rasiermesser,
Scheren,
Haarmaschinen,
Pferdescheren**
werden gut und schnellstens
geschliffen.
— Lieferzeit 8 Tage. —
Julius Weidner,
Waldenburg, Sonnenplatz.

7 Gebett gute Federbetten,
Militärgebenden
von 6,00—19,00 Mk.,
Militär-Rucksäcke
von 8,50—16,00 Mk.,
**Militär-Mantel,
-Mützen, -Unterhosen,
-Halsbinden,**
große Posten eingetroffen
und billigst zu haben bei
Teuber, Weißstein,
Fürstraße 1.

!! Deutscher Werkmeister-Verband Düsseldorf !!
Große öffentliche Versammlung

Sonntag den 12. Oktober 1919,

vormittags 10 Uhr, im Saale der „Gorkauer Bierhalle“, Waldenburg,
nachmittags 5 Uhr, im Saale des Gasthofs „zu den 3 Bergen“, Gottesberg“.

In beiden Versammlungen spricht Kollege Steiger **Pilz**, Leiter der Abteilung „Bergbau“ des D. W. V. aus Charlottengrube D.S., über das Thema:

„Was erstrebt der Deutsche Werkmeister-Verband für alle technischen Angestellten, insbesondere für alle Kollegen des Bergbaues?“

Nach dem Vortrage: **Freie Aussprache!**

Sämtliche noch nicht organisierten Kollegen, vor allem sämtliche technischen Angestellten des Bergbaues und die Mitglieder des D. W. V., werden um recht zahlreiche Beteiligung gebeten.

Deutscher Werkmeister-Verband.

Abhilfe

der Verkehrsnot

Für rationelle Ueberland-Transporte aller Art Massengüter im Bau- und Holzgewerbe, in Müllereien, Branereien, Speditionsgeschäften, von Kohlen, Kali u. Erzen, für Transport- u. Antriebszwecke i. d. Landwirtschaft

neue und gebrauchte

**Dampf-
Strassenzug - Maschinen**

20 bis 40 PS.,

zum Ziehen von Lasten von 20000 bis 60000 kg brutto mit Drahtseilwinde

zirka 400 Stück Fabrikat Lanz VLO
zirka 50 Stück Fabrikat Badenia
zirka 200 Stück Fabrikat Komna und System Komna
zirka 15 Stück Fabrikat Maffei
zirka 30 Stück Fabrikat Wolf

sofort lieferbar

in allen Preislagen, dazu zirka 400 Stck. 5- und 8-t.

Normal-Anhänger u. Klipp-Anhänger, sowie Langholzwagen

Standorte: Mannheim, Breslau, Leipzig, München
Nürnberg, Dresden, Magdeburg, Berlin usw.

„RHEMAG“ RHEMANIA MANNHEIM
Motorenfabrik A.G.
und BERLIN N, Schönhauser Allee 53
BRESLAU, Hohenzollernstraße 61.

Zahlungsbefehle sind zu haben in der Expedition der Waldenburger Zeitung.

Daran eine Beilage und das Unterhaltungs-Beiblatt „Gebirgsblüten“.

**Gasthof zur Stadt Friedland.
Auschanf von Schultheiß - Bier.**

Einen hocheleganten ganz neuen Landauer, hat gar nicht gefahren, verkauft **Richard Worbs**, Volkenhain i. Schl., Mühlstraße.

Zeitungsträger für Nieder Salzbrunn kann sich melden in der Geschäftsstelle dieser Zeitg.

Dienstmädchen, ehrlich und zuverlässig (nicht unter 16 Jahren) per sofort gesucht.
Frau Kaufmann **Guttmann**, Dittersbach, Hauptstraße 2.

Ord. Mädchen, über 18 Jahr, für einfach, kinderlosen Haushalt gesucht. Lohn 30 Mk. monatlich. Antritt sofort oder später.
Reimelt, Breslau X, Birgenstr. 2, I.

Zeitungs-Austrägerin für Weißheim kann sich melden in der Geschäftsstelle der „Waldenburger Zeitung“.

Suche bald oder später ordentl., evgl. fleißiges, junges **Mädchen** f. meinen Haushalt. Wiedlung. mit Bild und Zeugnis an das **Evangel. Pfarrhaus**, Deutmannsdorf, Kr. Löwenberg.

Eine Zigarrenmacherin u. eine Wickelmacherin können sich sofort melden bei Zigarrenfabrikant H. Bienert, Waldenburg, Gottesberger Str.

kleinstehender Herr mit eigenen Sachen sucht ein **unmöbliertes Zimmer** zu mieten, am liebsten mit Kost. Gefl. Zuschriften erbeten unter N. N. in die Geschäftsstelle d. Ztg.

Volksbücherei im Kath. Vereinshause, 1. Stod, in Waldenburg.

Bücher werden ausgeliehen Sonntag von 11—12 und Mittwoch von 8—4 Uhr. Leihgebühr für jedes Buch 10 Pf. Als Pfand zahlt jeder Leser 2 Mk. Dieser Betrag wird zurückgezahlt, wenn alle geliehenen Bücher in gutem Zustande zurückgegeben sind.

Maler-Zwangs-Innung, Waldenburg i. Schl.

Das Herbstquartal findet Montag den 13. Oktober c., nachm. 2 Uhr, in der Genossenschaftsbräuerei statt.

Gesellenprüfung ebenda am Vormittag desselben Tages um 9 Uhr.

Friedrich Bayer, Obermeister.

Stadttheater in Waldenburg.

Freitag den 10. Oktober c.: Schauspiel-Abend!

Meerleuchten. Sonnabend den 11. Oktober c., nachm. 5 Uhr:

Schneewittchen u. die sieben Zwerge. Sonntag den 12. Oktober c., nachm. 3 Uhr:

Die tolle Komödie. Abends 7 1/2 Uhr:

Schwarzwaldmädel. Montag den 13. Oktober c.: Der größte Vaherfolg!

Die drei Zwillinge. Ausweise für Stellenvermittlerinnen sind vorrätig in der Exped. d. Waldenburger Zeitung.

Preussische Landesversammlung.

60. Sitzung, 7. Oktober.

Nach Erledigung von Meinen Anfragen setzte das Haus die zweite Beratung des Staatshaushaltplanes für die Steuerverwaltung fort.

Abg. Dr. Moldenhauer (D. Vpt.): Für die Ausbildung von Politikern, die die Reichsverwaltung für die Uebernahme der gesamten Steuern nötig hat, empfiehlt es sich, geschulte Beamte Preußens abzuliefern.

Abg. Dr. Cohn (U. S.): Wir verlangen, daß für das Rechnungsjahr 1919 auf alle Einkommen bis zu 3000 Mark die Staatsinkommensteuer nicht erhoben wird. Steuerpflichtige mit nicht mehr als 8000 Mark Einkommen, die Kindern oder anderen Familienangehörigen Unterhalt gewähren müssen, sollen besondere Ermäßigungen erfahren, und zwar um je zwei Prozent, solche mit mehr als 8000 Mark um je eine Stufe.

Der Haushaltsplan für die Verwaltung der direkten Steuern, der Zölle und der indirekten Steuern wird angenommen. Zur Annahme kommen ferner die Entwürfe des Haushaltsausschusses auf Uebertragung der Leitung der Zweigsteuerämter an Steuersekretäre und die Bestimmung der Steuersekretäre als Vorposten der Veranlagungskommission, ferner für die Aufstiegsbedingungen der mittleren und unteren Beamten. Der Verordnung vom 31. Januar über Weitererhebung von Zuschlägen zur Einkommensteuer und zur Ergänzungsteuer für 1919 wird zugestimmt.

Es folgt die erste Beratung zweier Nachtragsetats und eines Ergänzungsetats für 1919.

Abg. Schmalzer (Soz.): Das neue Wohlfahrtsministerium findet besonders im Wohnungsweisen ein sehr reiches Tätigkeitsgebiet. Auf dem Lande ist das Wohnungsland noch schlimmer als in den Städten. Namentlich im Waldenburger Kreise sind die Wohnungsverhältnisse ganz außerordentlich mangelhaft.

Die Entwürfe gehen an den Haushaltsausschuß. Die Verordnung über die Neuwahl der für die Bergarbeiter gewählten Sicherheitsmänner wird ohne Aussprache genehmigt. Es folgt die Beratung der Verordnung über die Beschlagnahme des preussischen Kronsidelkommissariats.

Abg. Modi (U. S.): Wir haben zur Schonung von Herrschaften keinen Anlaß, die wir als Verbrechen bezeichnen müssen. (Zurufe rechts: Unerbört!

Freiheit! Der Präsident rügt den Ausdruck Freiheit.)

Abg. Käster (D. Vpt.): Gegen diesen unerhörten Angriff auf die Hohenzollern legen wir Vertuschung ein.

Abg. Limberg (Soz.): Den Hohenzollern verdankt Deutschland sein Glend. (Großer Lärm.) Vizepräsident Frenzel: Hier stimmen imitationen geübt dem Hause nicht zur Ehre.

Abg. Dr. Brendt-Stettin (Dem.): Hier steht nur eine Rechtsfrage zur Erörterung.

Finanzminister Dr. Siedem: Durch die Verordnungen über die Beschlagnahme sollten die Großgüter gesichert werden vor Veräußerungen nach dem Ausland und vor Eingriffen von Verbrechen im Inland. Niemand ist davon die Rede gewesen, dem früheren Königshause 170 Millionen zu zahlen. In einem Staat, dessen Verfassung das Privateigentum gewährleistet, kann natürlich einer Familie das Eigentum nicht ohne Richterspruch oder durch Vertrag entzogen werden. (Sehr richtig!)

Abg. Rippel (Dschnt.): In so häßlicher Weise sollte vom dem früheren Königshause nicht gesprochen werden.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. S.): Mit welchem Ausdruck hat Wilhelm II. von den Sozialdemokraten gesprochen. Meinen Sie, daß der Ausdruck „vaterlandshose Gesellen“ nicht auf uns gewirkt hat? Die Vermögensmassen der Hohenzollern sollten dem armen deutschen Volke zugute kommen.

Finanzminister Dr. Siedem: Die Beteiligten haben sich mit der Beschlagnahme einverstanden erklärt.

Damit schließt die Aussprache. Die Bekanntmachung wird ebenso wie die Verordnung über die Beschlagnahme des Vermögens des preussischen Königshauses genehmigt.

Es folgte die erste Beratung des Gesetzentwurfes über weitere Weisungen für

Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände, sowie über Verbilligung der Lebensmittel.

Abg. Dr. Wenz (U. S.): Die Vorlage geht über die Städte und die Selbstverwaltung völlig hinweg. Die Regierung sollte dafür sorgen, daß die Landwirte ihre Erzeugnisse zu vernünftigen Preisen auf den Markt bringen.

Finanzminister Dr. Siedem: Die Vorlage ist im Grunde die Ausführung eines Beschlusses der Reichsregierung zur Verbilligung der Lebensmittel. Das Reich stellt hohe Anforderungen

an die Selbstverwaltungskörper. Wenn wir die Gemeinden nicht lebensfähig erhalten zur Sicherung des Wiederaufbaues unseres zerstörten Volkstums, dann müssen wir auf die Zukunft verzichten. Nicht mit Selbsthain und dem kümmerlichen Rest unseres Goldschatzes befreien wir uns, sondern mit redlicher Arbeit. Jede Arbeit muß den verdienten Lohn erhalten, auch die des Landwirts. An der Notlage ist schuld der Schleichhandel, der unzählige Mengen an Lebensmitteln dem Allgemeinverbrauch entzieht. Wenn das deutsche Volk seinem Glend entgehen will, so muß es das Wort beherzigen: Einer für alle, alle für einen.

Nach unwesentlicher Debatte geht die Vorlage an den Haushaltsausschuß.

Danach verläßt sich das Haus auf Mittwoch 12 Uhr: Eisenbahnetat. Schluß 6 1/2 Uhr.

Aus Stadt und Kreis.

Waldenburg, 9. Oktober 1919.

Ordentliche

öffentliche Stadtverordneten-Versammlung

am 8. Oktober 1919.

Am Magistratsstische waren anwesend Erster Bürgermeister Dr. Erdmann, Bürgermeister Dr. Wiesner, die Stadträte Stein und Geilenbrügge und Stadtbaurat Rogge. Das Stadtverordnetenkollegium war durch 40 Mitglieder vertreten. Leiter der Verhandlungen war Stadtverordnetenvorsteher Stadtrat Dikreiter.

1. Mitteilungen.

Der Vorsitzende gab u. a. bekannt, daß am Donnerstag der Regierungspräsident aus Breslau hier eintrifft und daß anlässlich dieses Besuchs eine Zusammenkunft des Magistrats, der Stadtverordneten und der Vertreter der Presse am Nachmittag im Rathaus stattfinden wird. Ferner verlas Stadtverordnetenvorsteher Dikreiter ein Schreiben des hiesigen Ortsausschusses für freie Wirtschaft und freien Handel, in dem dagegen protestiert wird, daß es die Plakate des Ausschusses gewesen seien, die zum Ausbruch der letzten Unruhen in Waldenburg geführt haben. Der Ausschuss wendet sich in seinem Schreiben in sehr scharfen Worten gegen den bekannten Aufruf des Magistrats und erklärt zum Schluß, daß er die „Verleumdungen“ in dem Aufruf nicht ruhig

„Ich verlange es, Frau Baronin. Nicht eher kann ich Dargen als Herr betreiben, als bis Sie der Welt Fundamenten, was geschähen.“

Sie senkte den Kopf. „Haben Sie denn kein Mitleid mit der Armen, die schwer fehle, die aber längst versuche zu führen?“

Seine Augen waren hart und unerbittlich. „Hatten Sie Mitleid mit dem Sohne? Wissen Sie überhaupt, was es heißt, das dem Vaterhause gewiesen zu werden? Da können keine Jahrgelnde die Sehnsucht auslösen, die in Herzen wühlt. Und dann, Frau Baronin, können Sie jemals vor Gott und der Gerechtigkeit verantworten, den einzigen Sohn vom Sterbette des Vaters ferngehalten zu haben? Warum diesen Sie mich nicht zurück, damals, als mein Vater nach mir rief, als es zu Ende zu gehen schien. Der Vater sprach längst von einer Vergebung. Warum ließen Sie das nicht in alle Winde ergehen, damit der Sohn, der nach diesem Worte lechzte, Kunde davon bekam. Aber Sie fürchteten für sich selbst. Sie direkten heute gegen ihre Hände aus und befunden sie. Sie scheuten sich nicht, unter den brechenden Augen des Vaters Ihrer Habgier Ihre Ehre zum Opfer zu bringen. Und ich soll Mitleid mit Ihnen haben?“

Sie sprang auf und fiel ihm zu Füßen. „Nicht diese harten Worte, Herr Baron! Ich ertrage Ihre Betrachtung nicht! Bedenken Sie, daß auch ich ein Mensch bin, dem nie des Lebens Sonne gelächelt hat. Unmensliches ertrug ich und hoffe auf bessere Zeiten. Verlassen Sie mich zu verzeihen können. Wenn Sie mir auch heute nicht verzeihen können, so verachten Sie mich wenigstens nicht.“

„Stehen Sie auf, gnädige Frau! Auch Ihre Tränen vermögen nicht, mich ungestimmen. Eine Frau, wie Sie, schön und jung, wie kann die solch Unrecht begehen. Haben Sie überhaupt jemals eine ruhige Stunde auf Dargen gehabt? Vermochten Sie überhaupt die Augen aufzuschlagen zum Himmel, stand nicht zu jeder Zeit der Gedanke vor Ihrer Seele, daß hier ein Unrecht begangen wurde, das zum Himmel schreit! Nein, gnädige Frau, ich habe kein Mitleid mit Ihnen. Ich habe viel gelernt zu vergeben, aber Ihnen verzehe ich nicht!“

„So wollen Sie mich und meinen Bruder aufgrund rächen?“

„Haben Sie einstens danach gefragt, was aus dem Erben von Dargen geworden wäre, wenn Sie hier, neben dem richtigen Weiser, glücklich geworden wären? Sie hätten kalt zugehört, daß der rechte Dargen Neufung bewirtschafte, das Sie ihm großmütig liehen. Ich verlange die Erklärung von Ihnen, die öffentliche Erklärung, daß Sie in der Todesstunde das Testament fälschten.“

„Was sollen Sie mit tränenfeuchten Augen an. Was verlangen Sie von mir, sprechen Sie offen.“

„Sie werden vor der Welt eingetreten, daß Sie am Sterbette das Testament meines Vaters gemeinsam mit Ihrem Bruder fälschten.“

„Ein Erschauern lief durch ihren Körper. Sie verlangen Zurückbares von mir, Herr Baron. Ist es denn nicht genug, daß ich Ihnen gegenüber mein Vergehen eingestand? Bedenken Sie, auch mein Bruder wird darüber zugrunde gehen. Sein Leben ist damit vernichtet.“

(Fortsetzung folgt.)

Welcher Grund trieb Sie dazu, mir endlich alles einzugestehen?“

Sie entgegnete nichts. Wie hätte sie ihm auch sagen können, daß sie ihn liebte, daß sie darum bereit war, ihm sein Eigentum wieder auszuliefern, in der Hoffnung, durch diese gebührte Schuld ein neues Glück zu erringen.

„Ich weiß nicht, ob Sie sich Ihrer Handlungsweise voll und ganz bewußt sind“, nahm Wolfgang aufs neue das Wort. Noch immer Klang seine Stimme kalt. „Sie und Ihr Bruder haben ein großes Unrecht begangen, das die Gesetze fühlern müßten. Wie kann ich jetzt Dargen wieder übernehmen, ohne Klarheit in die Sache zu bringen. Ich bin von jeder dafür gewesen, nichts halb zu tun. Wenn ich jetzt nach hierher zurückkehre, hier als Herr schalte und walte, werden Sie nicht länger bleiben können. Man wird sich aber auch fragen: Was ist vorfallen? Voller Mistrauen wird man mich betrachten, der, vom Vater enterbt, sich plötzlich wieder in sein altes Recht einsetzt. Man wird Vermutungen hegen, warum hat Fräulein Welping so plötzlich auf ihr Erbe verzichtet? Nein, Frau Baronin, es muß völlige Klarheit sein und darum frage ich Sie noch einmal: Was wollen Sie tun?“

Sie schlug die Hände vor das Gesicht und begann bitterlich zu weinen. „Was ich tun will, was ich tun werde, ich weiß es nicht. Ich habe bisher über meine Zukunft noch nicht nachgedacht. Ich weiß nur das eine, daß ich an Ihnen gutmachen muß, daß ich nicht anders handeln kann, und hoffe nur noch das eine, daß Sie mir verzeihen.“

Er rührte sich nicht, er sah sie nur kalt an. „Sie glauben vielleicht, Ihre Tränen können mich weich stimmen. Sie irren, gnädige Frau, was Sie mir angetan haben, ist ein so schweres Unrecht, daß ich heute für Sie und Ihr Lun kein verzeihendes Wort finde. Ich weiß auch nicht, ob ich in der Zukunft milder darüber denken werde. Sie glauben gut zu machen, indem Sie mir schreiben, daß Sie auf alles verzichten wollen, aber das ist nicht genug. Wer Schuld beging, der muß sie büßen und so verlange ich von Ihnen, daß Sie auch weiterhin offen alles betennen.“

Sie sah ihm mit tränenfeuchten Augen an. „Was verlangen Sie von mir, sprechen Sie offen.“

„Sie werden vor der Welt eingetreten, daß Sie am Sterbette das Testament meines Vaters gemeinsam mit Ihrem Bruder fälschten.“

„Ein Erschauern lief durch ihren Körper. Sie verlangen Zurückbares von mir, Herr Baron. Ist es denn nicht genug, daß ich Ihnen gegenüber mein Vergehen eingestand? Bedenken Sie, auch mein Bruder wird darüber zugrunde gehen. Sein Leben ist damit vernichtet.“

„Was sollen Sie mit tränenfeuchten Augen an. Was verlangen Sie von mir, sprechen Sie offen.“

„Sie werden vor der Welt eingetreten, daß Sie am Sterbette das Testament meines Vaters gemeinsam mit Ihrem Bruder fälschten.“

(Fortsetzung folgt.)

Saiside Rechnung.

Stroman von Sr. a. a. a. K. 1918.
Stadtverordneten.

(11. Fortsetzung.)

„Ich vertrete Sie nicht gnädige Frau“, lehnte er ab. „Wir alle sind Menschen und keiner ist ohne Fehl. Sind seiner Lote wäre vielleicht nicht so weit gekommen, wäre er nicht zum Betrüger geworden, wenn er in seiner Jugend mehr Liebe und Rücksicht erfahren hätte. Aber jetzt ist er tot. Er tut in Frieden. Sie habe ihm verziehen.“

„So löst der Tod bei Ihnen alle Schuld aus?“, fragte sie trübsinnig.

„Ja, der Tod ist ein großer Sünder und über das Grab hinaus darf kein Woll, kein Kopf dauern.“

Mit abgekehrtem Gesicht nickte sie ihm die Hand. „Geben Sie wohl, Herr Baron. Sie hören noch von mir.“

Wortlos ging er davon. —

Stundenlang sah Sie in ihrem Zimmer und überlegte. Mehrmals feste die die Feder an, um zu schreiben, aber ersahend legte sie sie wieder aus der Hand. Wie furchtbar schwer war es doch, eine Schuld zu gestehen, aber es erlösen ihr unmöglich, noch länger in dem Betrüben zu leben, eine Betrügerin zu sein. Er würde ihr vergeben, ganz gewiß. Er hatte ja Robert Schimmer viel Schimmeres vergessen. Aber was wurde aus ihr? Konnte er denn eine Fallstrich leben? Seine Erlaubnis, seine Stimmern wollte sie sein, nur seine Nähe atmen, vielleicht kam noch einmal eine Stunde, daß er sie vergessend an sein Herz nahm.

In später Nachtstunden schrie sie dann den Brief. Bogen auf Bogen füllte sich, wie es ihr ums Herz war, sprach sie alles nieder, sprach von ihrer freudlosen Jugend, von der Schuld und der Bräutigam, in wortlosem Entschlossenheit, Rein Wort der Entschlossenheit, keine Bitte um Vergebung, mit fetter Hand legte sie ihren Namen unter das Schriftstück, dann überprüfte sie alles und legte den Brief vor sich nieder.

„Ich muß es tun, es ist die einzige Erlösung.“

„Gute Nacht, Herr Baron.“

„Einen abendlichen Brief schrieb sie an den Baron.“

„Sie hatte ihn lange ohne Nachricht gelassen, jetzt aber teilte sie ihm das Verzeihen mit.“

„Die Schrift lag ihm auf, daß sie bereits alle Briefen hinter sich abgetrocknet habe und alles

ergeben über sich ergeben lassen würde, was der Baron von Dargen beschließen.“

„Verzichte nicht, mich ungnädigen, es kann doch zu spät, denn im gleichen Augenblick geht auch die Verzichte an Baron von Dargen ab.“

„Ist nächsten Morgen erwartete sie selbst den Postboten und übergab ihm die beiden Briefe.“

„Aber als er sie in seine Hände gleich ließ, presste sich ein Schmerzenslaut über ihre Lippen.“

„Nein, geben Sie mir den einen Brief zurück.“

„Verzichten Sie sich die der Postbote an und verzeihe ihr beide Schwestern hin.“

„Reichen, Frau Baronin?“

„Nein, nein doch, nehmen Sie beide mit.“

„Ihre Stimme brach, sie alle haben und schloß sich in ihrem Zimmer ein.“

Zehntes Kapitel.

Als ihr am nächsten Tage der Besuch des Barons gemeldet wurde, glaubte sie ohnmächtig werden zu müssen. Sie schloß die Augen und vernahm nicht, sich von dem Eßel zu erheben, gab nur mit schmerzender Stimme die Antwort: „man möge den Herrn Baron in den Salon führen.“

„Dann er in beider, verächtlicher Stimmung über kam er als Räuber, der ihr den un-rechtmäßig erworbenen Besitz entriß.“

„Wie sollte sie ihm gegenüberstehen? Welche Worte würde er zu ihr sprechen? Würde seine Stimme in ihm klingen, die von Vergebung und Rücksicht sprach?“

„Sie schloß sich zum Sterben ein, aber sie konnte den Baron nicht länger warten lassen und schleppte sich hinüber. Sie mochte nicht den Blick zu ihm aufzuschlagen und fühlte doch, daß seine Augen durchdringend auf ihr ruhten.“

„Schweigend neigte sie den Kopf, wie sie mit matter Verbrennung auf einen der Eßel und ließ sich dann selbst schwer atmend in die Polster fallen.“

„Und Wolfgang ließ sich nieder. Obwohl das Schweigen nur schmerzhaft war, wurde es Sila doch zur Erlösung.“

„Wollten Sie mit nun sagen, gnädige Frau, was weiter geschehen soll?“

„Seine Stimme hatte den alten, kalten Klang.“

„Sie gahnte zusammen.“

„Baron machte er ihr keine Antwort? Was nun habe ich es nicht mit hingenommen, durch das hoch Schmerz, oder Güte hindurch?“

„Aber immer nur die eilige Stille machte sie gütlich.“

„Ich weiß es nicht“, entgegnete sie.

„Sie mußten doch einen Plan gefaßt haben?“

hinnehme und weiter seine wirtschaftlichen Ziele verfolgen werde. Stadtrat Direktor bekannte sich als Verfasser des Aufrufs, der auch die Gegenzeichnung des Ersten Bürgermeisters trage und erklärte, daß er kein Wort darin zurücknehmen könne. Der Aufruf sei ohnehin mit äußerster Vorsicht und Zurückhaltung abgefaßt worden und nagle nur die Tatsache fest, daß die aufreizenden Plakate des Ausschusses die Unruhen veranlaßt haben. In einer Versammlung der sozialdemokratischen Gewerkschaften am 12. September, also einem Tage vor den Unruhen, sei auf das heftigste gegen die verheerenden Plakate und den seitens des Ausschusses angeführten Händlerschutz protestiert und mit durchgreifenden Gegenmaßnahmen der empörrten Arbeiterschaft gedroht worden. Allgemein habe Entrüstung darüber geherrscht, daß der Ausschuss die Aufhebung der Zwangswirtschaft in einem Augenblicke forderte, wo insolge der Freigabe des Webers, der Eier, des Hafers usw. der Wucher sich noch schamloser als vordem breit machte. Die Mitglieder des Ausschusses für freie Wirtschaft und Handel hätten mit ihren Plakaten bewiesen, daß in ihren Reihen auch kein einziger Faktitor vorhanden sei, denn sonst hätten sie niemals Plakate verbreitet, die einen so großen Mangel an politischem Weitblick und ein so gründliches Verlernen der erbitterten Stimmung der hiesigen Bevölkerung betänden.

Stadtv. Dierig bestätigte die Ausführungen des Vorsitzenden und wies darauf hin, daß die Plakate des Ausschusses beinahe zu einem allgemeinen Streik der Arbeiter geführt hätten. — Stadtv. Kammel erklärte, daß die Plakate nicht mit Zustimmung der gesamten Kaufmannschaft verbreitet worden seien. Er gehöre dem Ausschuss nicht an und wisse auch nichts Näheres über seine Zusammenfassung. Zweifellos sei es jedoch, daß die Plakate in der gegenwärtigen aufgeregten Zeit nur Del ins Feuer glichen mußten und daß es richtiger gewesen wäre, augenblicklich nicht mit solchen Schlagworten, wie die in dem Aufruf, zu arbeiten. Er persönlich hätte sich als Geschäftsmann niemals an dem geplanten Händlerschutz beteiligt und verurteile auch jeglichen Wucher und jegliche Schiebergeschäfte. Das Recht, ihre Geschäfte zu schließen, dürfe man jedoch nicht den Kaufleuten versagen, denn in vielen anderen Städten habe man ja auch bürgerliche Gegenstreiks erlebt. — Erster Bürgermeister Dr. Erdmann bestätigte, daß die Flugblätter aufreizend gewirkt und als Vorwand zum Mordern gedient hätten. Ihre Verbreitung in den letzten kritischen Zeiten müsse jedenfalls als eine grobe Ungeschicklichkeit bezeichnet werden, auch wenn der Ausschuss mit seinen Plakaten offenbar ein, da in Waldenburg ja bis dahin niemand an eine allgemeine Kommunalisierung gedacht hatte. — Stadtv. Rychli stellte fest, daß die Plakate auch in Umfassung aufreizend gewirkt hätten und daß erst der Aufruf des Magistrats die Erregung etwas gedämpft habe. — Stadtv. Grätner weist Angriffe des Ausschusses für freie Wirtschaft und Handel gegen die sozialdemokratische Partei zurück und bittet, fortan mit dem Ausschuss nicht viel Federlesens zu

machen. — Ein Antrag des Stadtv. Kammel auf Schluß der Debatte wurde darauf einstimmig angenommen.

2. Kleine Anfragen.

Hierauf lagen der Versammlung nochmals folgende schriftliche Anfragen der sozialdemokratischen Fraktion vor: 1. Welche Maßnahmen gedenkt der Magistrat zu ergreifen, um Ereignissen, wie sie sich am 13. September hier zutragen haben, für die Folge vorzubeugen. 2. Ist der Magistrat gewillt, in Erörterungen darüber einzutreten, ob und welche größeren Wirtschaftsbetriebe in öffentliche Verwaltung übergeführt werden können. 3. Ist der Magistrat geneigt, die Versorgung der Bevölkerung mit Arbeitskleidung, Schuhen und ähnlichen Dingen in Erwägung zu ziehen. 4. Ist der Magistrat gewillt, die Errichtung einer städtischen Leihanstalt in die Wege zu leiten.

Erster Bürgermeister Dr. Erdmann teilte zu der ersten Anfrage mit, daß der Magistrat bestrebt sein werde, die aufreizenden Ursachen zu den stattgehabten Unruhen zu beseitigen. Es werde künftig alles gechehen, um das Vertrauen der Bevölkerung zu den Behörden zu stärken. Zu diesem Zweck seien die Preiskontrollkommissionen eingesetzt worden, die sich bisher gut bewährt haben. Aber auch das Publikum müsse den Magistrat in seinen Bestrebungen unterstützen und jeden Schleichhandel durch rücksichtslose Anzeigen bei der Polizei bekämpfen. Eine Vermehrung der Polizeimannschaften könne mit Rücksicht auf die ungünstige finanzielle Lage der Stadt nicht erfolgen, doch solle die Gendarmerie des Kreises mehr als bisher zum Sicherheitsdienst herangezogen werden. Auch die Errichtung einer Einwohnerwehr sei zur Unterdrückung von Unruhen und Raufen ja bereits in die Wege geleitet. Was die zweite Anfrage betreffe, so erfordere der Magistrat die Schaffung von Monopolen, um die Auswüchse des privaten Handels zu beschneiden. Als kommunalisierte Betriebe seien ja jetzt schon das Gas- und Wasserwerk, die Badeanstalt, der Schlachthof, die Kreischächtere, das Stadtgut, die Stadt, Ziegelei usw. anzusehen. Weitere Kommunalisierungs-Objekte für die Zukunft wären das Elektrizitätswerk, die Wapothelen, die Milchversorgung, das Bankwesen, die Lichtspieltheater und der Althandel. Der Erste Bürgermeister entwickelte darüber im großen Unrissen ein ausführliches Programm, auf dessen Einzelheiten wir noch zurückkommen werden. Endgültige Ansichten über alle diese Fragen könne der Magistrat zurzeit natürlich noch nicht darlegen, denn in jedem einzelnen Falle müsse sorgsam geprüft werden, ob für die Stadt dabei wirklich große Vorteile in Aussicht stünden. Auch mahnte die ungünstige Finanzlage der Stadt und der Mangel an geeigneten Räumen zur größten Vorsicht. Zur eingehenden Prüfung der ganzen Kommunalisierungspläne habe er die Bildung einer Kommission für zweckmäßig, die sich aus vier Magistratsmitgliedern und sieben Stadtverordneten zusammensetzen könne. Zur dritten Anfrage erklärte dann

der Erste Bürgermeister, daß der Kreiskommunalverband ja bereits die Versorgung der Bevölkerung mit Kleidung usw. in die Hand genommen habe. Selber habe der Bedarf der hiesigen Bevölkerung mit zu 15 Prozent gedeckt werden können, denn die Läger der Heeresbestände der Militärverwaltung sind bereits zur Hälfte geräumt. Er (Redner) wolle jedoch noch in den nächsten Tagen persönlich in Berlin vorstellig werden, um für Waldenburg eine bevorzugte Lieferung zu erzielen. Auch beabsichtige die Stadt auf eigene Kosten Kleiderstoffe zu kaufen. Wegen der Schuhversorgung sollen ebenfalls in Berlin Schritte unternommen werden. Zur letzten Anfrage, der Errichtung eines städt. Leihkauses, teilte Dr. Erdmann mit, daß der Magistrat die Bedürfnisfrage prüfen werde und daß der Magistrat bei anderen Stadtverwaltungen Erfahrungen einziehen werde, ob die Errichtung eines solchen Instituts empfehlenswert sei.

An die! Erklärungen des Ersten Bürgermeisters knüpfte sich eine längere Debatte, in der von den Stadtv. Korn, Grätner und Kammel die allgemeinen Zustände auf dem Gebiete des Kolonialwarenhandels, der Konfektion und des Zigarettenschuh- und Lederwarenhandels scharf beleuchtet wurden. Stadtv. Korn erklärte, daß der Kleinhandel an den gegenwärtigen Wucherpreisen keine Schuldfrage. Man könne dem Uebel nur dadurch an der Wurzel kommen, wenn überall auch Preiskontrollkommissionen für Fabrikanten und Großhändler eingesetzt würden. Das Ergebnis der einstündigen Debatte, an der sich auch noch Stadtv. Vorsteher Direktor beteiligte, war die Bildung einer

Kommunalisierungs-Kommission.

in die die Stadtv. Hoffmann, Brustke, Malwald, Rychli, Korn, Kreischmer und Liebenelner gewählt wurden.

3. Erstausschuss.

Für den insolge seiner Wahl zum Stadtrat aus dem Verwaltungsrat der städtischen Sparkasse ausgeschiedenen Stadtv. Lante wurde der Stadtv. Herzberg in den Verwaltungsrat gewählt.

4. Anschaffung einer Additionsmaschine.

Debatte wurde der Anschaffung einer Additionsmaschine für die Girokasse zugestimmt.

5. und 6. Kleine Bewilligungen.

Der Erhöhung der Vereinnahmungsentschädigung an den Kastellan Volkmer in der gewerblichen Fortbildungsschule wurde zugestimmt, ferner erklärte sich die Versammlung mit der Erstattung von Unzulagekosten an Buchhalter Heller in der Stadtparkasse einverstanden.

7. Herstellung einer Flußrinne.

(Berichterstatter: Stadtv. Kreischmer.)

Der Magistrat beantragt: Die Stadtverordnetenversammlung wolle folgenden Beschluß zustimmen: Die kanalisiertete Strecke des Baischbaches in der Döber- und Auenstraße ist mit einer Flußrinne zu versehen und sind die der Stadt entstehenden Kosten durch Anteile zu decken. Die Bautkosten betragen nach einem Kostenschätz des Bau- und Wohnungswesen-

94 000 Mk. Hiervon ab: ein von der Regierung anerkannter Uebererzeugungszuschuß aus Staatsmitteln in Höhe von 54 000 Mk. von der Summe von 40 000 Mk. sind für Ausführung der im Kostenanschlag eingeschlossenen Räumungsarbeiten und Einbau eines Schlammfanges in der Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung vom 8. 19 18 000 Mk. bewilligt, wonach als weitere Bewilligung noch eine Restsumme von 22 000 Mk. verbleibt.

Die Versammlung bewilligte debattelos diese Restsumme.

8., 9., 10., 11. und 12. Kleine Vorlagen. Debattelos zugestimmt wurde dem Erlass bezw. Anfall des Fremdenzuschlags für Reichs- und Provinzialländer. — Zur Sammlung der Erlöse städt. Bekanntmachungen für Büromittel wurden 800 Mk. bewilligt. — Der Reuegelung der Gehaltsbezüge für die Architekten, Techniker, Aufseher und die Wohnungsinhaber wurde zugestimmt. — Das Gehalt, die Pensionen und die Umzugskosten für die Vertreterin Frä. Ohagen an der Handels- und Gewerbeschule wurden bewilligt, desgleichen die Erhöhung der Vertretungskosten für die Lehrerin Frä. Bildenau am Lyzeum.

13. Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder der Preis-Kontrollkommission. (Berichterhatter: Stadtverordneter Herzberg.)

Der Magistrat beantragt, daß die von der Preis-Kontrollkommission aus Anlaß der Unruhen vom 18. September eingesetzten Preis-Kontrollkommissionen für ihre Kontrolltätigkeit mit je 10 Mk. für den Kontrolltag und jedes dabei tätige Mitglied entschädigt werden. Dieser Betrag entspricht ungefähr dem Lohnbetrag, wie ihn heute ein jeder Arbeiter verdient. Da die bisher veranstalteten Kontrollen durchschnittlich 3-5 Stunden in Anspruch genommen haben, sei die Entschädigung eine mäßige zu nennen. Es kommt hierbei in Betracht, daß z. B. die Markt-Kontrollkommission die Tätigkeit schon früh um 5 Uhr aufnehmen muß, um auch den Großmarkt zu kontrollieren. Die Höhe der Kosten lassen sich zurzeit noch nicht genau feststellen. Sie dürften sich, da nur gelegentliche Stichproben erfolgen, auf etwa 2000 Mk. im Jahre belaufen.

Die Versammlung stimmte nach kurzer Erörterung der Gewährung einer solchen Entschädigung zu.

Keine Kontrollversammlungen mehr. Nach Mitteilung des Kriegsamtes findet eine Kontrolle über Offiziere und Mannschaften des Barlanbundes nicht mehr statt. An- und Abmeldungen sind nicht mehr erforderlich. Ueberweisungen erfolgen nicht mehr.

Stenographenverein „Stolze-Schrey“. Dienstagabend beginnt in den Räumen der Kaufm. Handels-Halle ein neuer Anfängerkursus, zu welchem durch Inserat in heutiger Nr. unserer Zeitung eingeladen wird.

Stadt-Theater. Man schreibt uns: Das Schauspiel „Meerleuchten“ von L. Ganghofer ist auf das sorgfältigste einstudiert worden und wird zum Freitag in Szene gehen. Das Stück wird bei allen Vorzeichen einen nachholenden Eindruck hinterlassen. Für Sonnabend nachmittags 5 Uhr wird das Märchen „Schneewittchen und die sieben Jünger“ vorgetragen. Am Sonntag nachm. 3 Uhr wird „Die tolle Komödie“ zum 6. Male und abends 7 1/2 Uhr „Schwarzwaldbädel“ zum 4. Male wiederholt. Am Montag wird der Schwan „Die drei Zwillinge“ wieder gespielt.

Änderungen im Verkauf von Brennspiritus. Seitens der Brauweinmonopolverwaltung tritt mit sofortiger Wirkung für den Verkauf von Brennspiritus folgende Änderung ein: Es wird in Zukunft nur noch Brennspiritus zu dem Einheitspreis von 1,50 Mk. das Liter abgegeben. Um der minderbemittelten Bevölkerung, die keine andere Beheizung zur Verfügung hat, den Bezug von Brennspiritus sicher zu stellen, wird das Marken-System auch weiterhin beibehalten, und zwar in der bisherigen Form, wonach rotgekapselte Flaschen von den Kleinhandlern nur gegen Marken zu dem vorgeschriebenen Preise von 1,50 Mk. das Liter abgegeben werden dürfen. Um eine bessere Versorgung der bedürftigen Bevölkerung zu ermöglichen, hat die Monopolverwaltung eine Erhöhung des bisher zur Verteilung gekommenen Quantums um weitere 50 Prozent ge-

nehmigt. Markenfreier gelbgekapselter Spiritus, der bisher 2,50 Mk. kostete, wird in Zukunft in beschränktem Maße ebenfalls das Liter zu 1,50 Mk. abgegeben. Um in der Versorgung mit Spiritus keinen Stillstand eintreten zu lassen, werden die bisherigen Verschlußkappen, die noch die alten Preisaufdrücke tragen, bis zum Eintreffen neuen Verschlußmaterials beibehalten. Der Verkaufspreis für eine leere Flasche ist nach Aufhebung des Marken-Systems auf eine Mark das Stück festgesetzt.

Von der Anlage des Kindesmordes freigesprochen. Das Schwurgericht Schweidnitz verhandelte gestern vormittag gegen den 80 Jahre alten Maschinenflicker Georg Bese aus Nieder Hemsdorf. Dieser war beschuldigt, sein erst wenige Wochen altes Kind, das er — obwohl verheiratet und seine Absicht der Ghescheidung noch nicht ausgesprochen war — mit der Tochter seines Logiswirts Dinter hatte, erstickt zu haben, indem er ihm einen Gummisauger in den Hals gesteckt habe. Die Verhandlung ergab jedoch, daß weder eine absichtliche noch eine fahrlässige Tötung vorlag, so daß Freisprechung erfolgte.

Fernsprecher zu fehlen gehört zu den Errungenheiten der „modernen“ Zeit. Daß dieselben auch in unserem Bezirk Eingang gefunden haben, ist bedauerlich. Wie uns mitgeteilt wird, sind in einer öffentlichen Fernsprechstelle in Charlottenbrunn und in der Scholtz in Erlendbusch die Apparate gestohlen worden.

Das Militärverorgungs-wesen ist am 1. Oktober auf das Reichsarbeitsministerium übergegangen. Während ursprünglich beabsichtigt war, den Uebergang des bislang in den Händen der Heeresverwaltung befindlichen Versorgungswesens auf die bürgerliche Verwaltung erst mit der Einführung der neuen, zurzeit im Reichsarbeitsministerium in Vorbereitung befindlichen Versorgungs-Gesetzgebung stattfinden zu lassen, ist die sofortige Ueberleitung infolge der Bestimmungen des Friedensvertrages notwendig geworden, da dieser zu der sofortigen Entmilitarisierung der Versorgungsbehörden zwingt. Die bisherigen Bezirkskommandos führen hinfür die Bezeichnung Versorgungsstellen und die bisherigen Meldeämter: Versorgungsausschüsse.

Der schlesische Siedlungsausschuß. Die Pressestelle des Reichsarbeitsministeriums teilt mit: Auf Anregung des Oberpräsidenten und des Reichskommissars trat in Breslau der vorbereitende Ausschuß für die Gründung eines schlesischen Siedlungsausschusses zusammen, der in Würde seine Arbeit aufnehmen soll. Der schlesische Siedlungsausschuß soll vorwärts treiben in den wirtschaftlich und politisch gerade in unserer Provinz so überaus wichtigen Fragen der sofortigen Landbevölkerung und für schlanige gerechte systematische Durchführung der neuen Siedlungsgesetze eintreten. Der schlesische Siedlungsausschuß, dessen Vorstand aus Dr. Fossil, Regierungsrat im Reichsarbeitsministerium Berlin, Menschel, Regierungsrat beim Oberpräsidenten, Gewerkschaftsführer Kippel vom Zentralrat besteht und Vertreter aller in Frage kommenden Behörden und Interessententrepräsentanten umfaßt, hat seine Geschäftsstelle zunächst im Oberpräsidium. Ein neues Siedlungsunternehmen ist er nicht. Die praktische Durchführung des Siedlungswortes und die Landzuweisung selbst liegt nach den Gesetzen ausschließlich bei den Landesverwaltungsbehörden.

Breslauer Katholikentag. Vom 19. bis 21. Oktober findet in Breslau aus Anlaß des 20. Jubiläum eines Katholikentags unter dem Ehrenvorsitz des Fürstbischofs Dr. Bernam statt. Er wird eingeleitet am Sonntag den 19. Oktober durch eine öffentliche Versammlung im Schießwaidersaale, in welcher der Jesuitenpater Cobanitz sprechen wird. An den anderen Tagen finden Konferenzen im Vinzenzhaue und öffentliche Versammlungen in Schießwaidersaale statt, in denen religiöse und soziale Themen erörtert werden.

Gepäckuntersuchungen auf der Eisenbahn. Es bestehen vielfach Zweifel darüber, in welchem Umfang die Untersuchung von Gepäck nach Lebensmitteln innerhalb des Bahngeländes zulässig ist. Zur Ausführung dieser Revisionen sind nur solche Ueberwachungsbeamten befugt, die als solche durch ihre Uniform kenntlich sind oder sich durch eine Bescheinigung des Landrats, Polizeipräsidenten usw. ausweisen können. Andere Personen sind zur Aus-

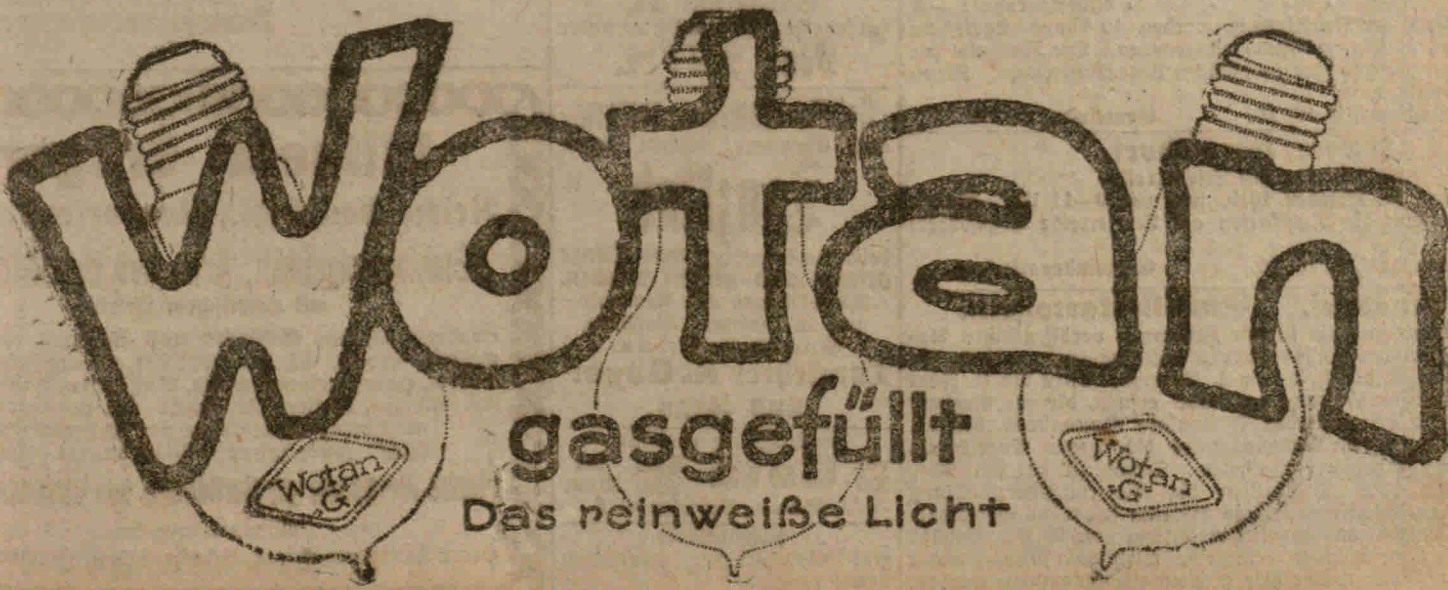
führung solcher Revisionen innerhalb des Bahngeländes nicht zugelassen. Gepäckstücke sind im allgemeinen auf der Abgangsstation vor ihrer Aufgabe als Reisegepäck oder auf der Zielstation nach ihrer Auslieferung zu untersuchen. Auf Unterstationen darf Reisegepäck im allgemeinen nicht untersucht werden. In besonders begründeten Ausnahmefällen ist die Untersuchung in Gegenwart eines Eisenbahnbediensteten nur zu gestatten, wenn die Verkehrs- und Verkehrsverhältnisse es unbedingt zulassen. Untersuchtes Gepäck muß von dem Ueberwachungsbeamten in ordnungsmäßigen Bestände und gut verpackt zurückgegeben werden. Packwagen dürfen von dem Ueberwachungsbeamten nicht betreten werden. Die Untersuchung von Handgepäck ist nur auf den Bahnhofsplanen und Bahnhofszufuhrstrassen zu gestatten. Innerhalb des Bahngeländes, insbesondere auf den Bahnsteigen, ist die Untersuchung von Handgepäck zur Vermeidung eines ungeordneten Eisenbahnbetriebs nicht zugelassen. In vielen Fällen wird von Seiten der Ueberwachungsbeamten namentlich gegen den letzten Punkt der Verordnung verstoßen insofern, als sie gerade auf dem Bahnsteig Untersuchungen des Handgepäcks der Eisenbahnreisenden vornehmen.

Einfuhr von Milchvieh in den Reg.-Bez. Breslau. Die Bezirksförsterei Breslau beabsichtigt unter Gewährung erheblicher Zuschüsse einen großen Posten besten Milchviehs aus ersten Zuchtgebieten Deutschlands in den Regierungsbezirk Breslau einzuführen. Voraussetzung hierfür ist, daß sich genügend Landwirte verpflichten, die Milch dieser von ihnen zu erwerbenden Röhre nach näheren Anweisungen der Bezirksförsterei in Bedarfsgebiete zu liefern. Es kommen in erster Reihe solche Landwirte in Frage, bei denen die Lieferungen unabhängig von der Eisenbahn erfolgen können.

Verteilung des Mehrerlöses für Häute und Felle. Nach der Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums vom 23. September d. J. sind die Mehrerlöse, die sich aus der Steigerung der Preise für rohe Häute und Felle von Schlachtieren gegenüber den früheren geltenden Häute-Höchstpreisen ergeben, von den Vieh-abnahmestellen rückwirkend vom 15. September d. J. ab herauszugeben. Die Reichsfleischstelle ermittelt, welcher Mehrerlös auf den Zentner Lebendgewicht der angelieferten Schlachtiere voraussichtlich entfällt. Von dem Mehrerlös erhält 1/3 das Reich, 1/3 der Viehhalter und 1/3 der Kommunalverband. Letzterer hat den ihm zufallenden Betrag zur Herabsetzung der Fleischpreise zu verwenden. Die Reichsfleischstelle hat für die Zeit vom 15. September—14. Oktober d. J. den Häute-Mehrerlös für den Zentner Lebendgewicht festgesetzt: für Rinder, ausgenommen Kälber 54 Mk., für Kälber 75 Mk., für Schafe 60 Mk., für Pferde, Esel, Maultiere, Maulesel 21 Mk. Hiernach beträgt der Häutezuschlag, der an den Viehhalter und die Anteile, die an das Reich und den Kommunalverband abzuführen sind, auf den Zentner Lebendgewicht bei Rindern, ausgenommen Kälber, je 18 Mk., Kälbern 25 Mk., Schafen 20 Mk., Pferden, Esel, Maulsel, Maultiere 7 Mk.

Dittersbach. Eingemeindungsverhandlungen. Am Dienstag den 7. Oktober wurden die beiden Gemeindevertretungen von Dittersbach und Bärengrund zu einer gemeinsamen Sitzung im Gasthof „zur Burg“ einberufen, um den im Entwurf vorliegenden Vertrag über Eingemeindung der Gemeinde Bärengrund nach Dittersbach endgültig festzusetzen. Bürgermeister Biol eröffnete und leitete die Sitzung, und es wurde der Vertrag eingehend durchgesprochen und schließlich nach einigen kleinen Abänderungen im Entwurf festgesetzt. Eine besonders rege Debatte löste die Besprechung des § 4, welcher die Schulverhältnisse regelt, aus. Die zur Sprache gebrachten Bedenken wurden vom Vorsitzenden gestreut und es wurde auch schließlich dieser Paragraph wie im Entwurf angenommen. Wenn nun, wie zu erhoffen steht, die Aufsichtsbehörden baldigst die Genehmigung zu dem Eingemeindungsvertrage erteilt, dürfte der Zusammenschluß der beiden Gemeinden nunmehr in Kürze erfolgen.

Bad Salzbrunn. Von der Badeverwaltung. Sekretär Goldhardt von der Fürstl. Badeverwaltung wurde zum Kandidaten ernannt. Obersekretär Schmidt von der Fürstl. Generaldirektion wurde als Bürochef zur Badeverwaltung bestellt.



Aus der Provinz.

Landeshut. Die Wahl von sechs Sozialdemokraten (Reichssozialisten und Unabhängigen) zu unbesoldeten Stadträten hat die Bestätigung der Regierung gefunden. Da in der für die Neuwahl des Magistrats unbesoldeten Stadtverordnetenversammlung die bürgerlichen Stadtverordneten, die in der Minderzahl sind, keine Vorschlagsliste eingereicht hatten, galten nach den gesetzlichen Bestimmungen die von beiden sozialdemokratischen Parteigruppen vorgeschlagenen sechs Kandidaten als gewählt. Nach der Bestätigung ziehen jetzt in den Magistrat ein ein Gewerkschaftssekretär, ein Schriftfeger, ein Schneidermeister und drei Textilarbeiter. Der neugeschaffene Posten eines besoldeten Beigeordneten wird ebenfalls mit einem Sozialdemokraten, einem Arbeitersekretär, besetzt. Falls Bürgermeister Feige bei seinem Entschluß der Amtsniederlegung beharrt, werden die Sozialdemokraten voraussichtlich auch den Bürgermeisterposten mit einem Genossen besetzen.

Schweidnitz. **Passung einer Brauerei.** Die Herren Kronsbain und Guder in Schweidnitz, Direktoren der Genossenschaftsbrauerei Croiswitz und Zuzuber einiger auswärtiger Brauereien, haben am 1. Oktober auch die Genossenschaftsbrauerei Striegau pachweise übernommen. Diese Brauerei war in letzter Zeit stillgelegt und soll nun wieder in Betrieb gesetzt werden.

ep. Reichenbach. **Nach eine neue Zeitung.** Ein wahres Gründungsfever für neue Zeitungen hat im südlichen Mitteldeutschland eingekehrt, da sich alle Parteien für die bevorstehenden Wahlkämpfe eigene Propaganda zu sichern suchen. Der soeben vollzogene Gründung einer Zentrumszeitung für die Kreise Schweidnitz, Reichenbach und Striegau folgt jetzt die Gründung einer großen demokratischen Tageszeitung in Reichenbach. Die Vorbereitungen hierzu sind bereits aufgenommen und es soll die Bildung eines Aktion-Unternehmens erfolgen. Das neue Organ, für das die demokratische Partei 300.000 Mk. als Gründungskapital aufbringen will, soll als hauptsächlichstes Verbreitungsgebiet die Kreise Reichenbach, Graurothenstein und Kimpfisch erhalten und in Reichenbach erscheinen.

Bunte Chronik.

Ein falscher Intendanturrat.

Durch einen Gaunerstreich zweier Berliner wurde ein Geschäft in Magdeburg um 150.000 Mark betrogen.

Das Geschäft hatte bei der Intendantur des 4. Armeekorps einen Freigabechein für eine große Menge Spirit beantragt. Bald darauf erschien bei ihm ein Mann, der sich als „Intendanturrat Schüge“ vorstellte, und ersuchte, einen Vertreter mit dem Betrage für den Spirit, 150.000 Mark, zu einer bestimmten Zeit nach dem Dienstgebäude zu schicken. Der Vertreter wurde beim Eintritt von Schüge, der ihn ohne Kopfbedeckung wie zufällig begegnete, empfangen und in ein Zimmer geführt. Hier wurde noch kurz verhandelt, und der „Intendanturrat“ nahm dann die Summe entgegen und bat den Vertreter, sich einen Augenblick zu gedulden, weil er den Zahlmeister auffuchen müsse, um noch einige Formalitäten zu erledigen. Der Vertreter wartete vergeblich auf die Rückkehr des Schüge, bis er zu der Ueberzeugung kam, daß er einem Schwindler in die Hände gefallen war. Der „Intendanturrat“ war nirgends zu finden, der Zahlmeister wußte von nichts. Die Kriminalpolizei ermittelte in dem Gauner einen Kaufmann Heinrich Benisch, der eine Zeitlang in untergeordneter Stellung bei der Intendantur des 4. Armeekorps tätig gewesen war und so Kenntnis von dem Antrag des Geschäftes erhalten hatte.

Durch Fälschungen um eine halbe Million geschädigt wurde ein hehrliches Institut in Berlin. Dort war ein Buchhalter angestellt, der einen Doktor juris, einen Referendare und einen bisher angesehenen Kaufmann zu Freunden hatte. Alle vier waren Spieler und gerieten durch ständige Verluste in Geldverlegenheiten. Nachdem sie ihr Privatvermögen verspielt hatten, nahmen sie das Spielgeld aus der Kasse des Instituts. Der Buchhalter erhielt Quittungen von anderen Stellen. Seine Freunde fälschten diese Quittungen auf bedeutend höhere Beträge und er selbst ließ sie mit den gefälschten Beträgen durch die Bücher gehen und steckte, wenn die Kasse bezahlt hatte, den Ueberschuß in seine Tasche, um ihn mit den Fremden zu teilen. Als die Fälschungen nahezu eine halbe Million erreicht hatten, richtete der Buchhalter endlich doch, daß seine Verschleierungen entdeckt werden würden. Jetzt planten die vier zunächst, sich durch einen großen Einbruch zu „sanieren“. Diesen Gedanken gaben sie jedoch auf, um ihn durch eine Brandstiftung, die die Bücher vernichten sollte, zu erleben. Sie trauten sich aber nicht, diesen Plan selbst auszuführen, versuchten vielmehr dafür einen ihnen bekannten anderen Rentner d. H. zu gewinnen. Dieser Rentner fand sich bereit, mit Hilfe eines Fremdes, eines pervers veranlagten Menschen, das Feuer anzulegen. Der Freund mußte aber auf den Gedanken, daß er für sich vielleicht mehr herausbringen könne, wenn er den Plan anzeige. Das tat er denn auch. Die Polizei durchsuchte die

Wohnung des Fremdes des Angelegenden und fand dessen Angaben bestätigt. Der Rentner hatte sich bereits Explosivstoffe verschafft, die in seiner Wohnung beschlagnahmt wurden. Der Rentner legte ein Geständnis ab und die ganze Gesellschaft wurde daraufhin hinter Schloß und Riegel gebracht.

Was ein Fischdampfermatrose verdient.

Zu der Frage der Berechtigung des zurzeit herrschenden Streiks der Fischdampferbesatzungen wird dem „Lokalanzeiger“ von sachverständiger Seite folgendes geschrieben: Ein Fischdampfermatrose hat eine monatliche feste Löhnung (Heuer) von 250 Mk.; dazu tritt erstens eine Beteiligung von 4 Prozent des Erlöses aus dem Fang, zweitens werden 50 Prozent des Verkaufswertes der gewonnenen Menge an Leber und Nagen aus dem Ausschlagen der Fische den Matrosen vergütet, denen diese Arbeit zufällt. Da ein Dampfer monatlich zwei Reisen macht und jede Reise durchschnittlich einen Gewinn von 30.000 Mk. erbringt, erhält jeder der sechs Matrosen 4 Prozent von 60.000 Mk. gleich 450 Mk. Gewinnbeteiligung neben seiner Heuer. Der durchschnittliche Erlös von Leber und Nagen aus zwei Fängen vorgenannter Umfangs beträgt 10 Faß zu 150 Mk. Verkaufswert pro Faß gleich 1500 Mk. Gesamtgewinn. Hiervon entfallen, wie bereits erwähnt, 50 Prozent gleich 750 Mk. an die sechs Matrosen, so daß der einzelne 125 Mk. erhält. Die monatliche Einnahme eines Fischdampfermatrosen beträgt daher 250 + 450 + 125 = 825 Mk., und zwar bei freier Verpflegung und einer Fischlieferung für die Familie von 30 Kilogramm pro Fang. Zu der freien Verpflegung gehören gemäß Verordnung des hamburgischen Senats 300 Gramm Fleisch pro Tag. — Der Gewährsmann versichert, daß diese Zahlen auf Durchschnittsfängen basieren sind, die in der Regel aber zurzeit wesentlich besser ausfallen.

Ein erstes „Volksstück“.

Die „Tragödie“ des Münchener Revolutionärs Ernst Toller, „Wandlungen“ gelangte in Berlin im Theater der „Tribüne“ zur Aufführung. Der Eintritt war nur gegen Erlegung des Preises von fünfzig Mark (!) für einen Parkettplatz zulässig. Die Leute der „Tribüne“, die ein Gesinnungstheater sein und aus dem Publikum wieder eine Gemeinde machen will, haben das Werk des „Proletariatsführers“ von einem Kriegsgewinnlerpublikum aus der Taufe heben lassen. — Diese Leute sind wirklich eine gute Nummer.

Billige Schweizer Tafeläpfel

treffen in den nächsten Tagen auf den Güterbahnhöfen in Waldenburg und Altwasser ein und werden in jeder größeren Menge an Händler, Werke und Verbraucher, auch auswärtige, abgegeben. Preis je Htr. 70.— Mark. Pfundweise 85 Pfennige. Die Ware ist von bester Beschaffenheit. Bestellungen sind an das Lebensmittelamt Waldenburg — Hotel Deutscher Hof — zu richten (Telephon 885).

Waldenburg, den 8. Oktober 1919.

Der Magistrat.

Gemeinde und Gut Ober Waldenburg.

Die Kartoffelselfstverfoger hiesigen Ortes wollen, sofern sie ihren Bedarf an Speisepotatoffeln aus eigenen Erträgen decken, ihre Kartoffelkarten umgehend im Lebensmittelamt abgeben, falls dies nicht bereits geschehen ist.

Die gleiche Bitte richte ich an die Gutsinsassen des Gutsbezirks Ober Waldenburg wegen Abgabe der Karten an den Gutsvorstand. Zwiderhandlungen ziehen Bestrafung nach sich. Ober Waldenburg, 7. 10. 19. Der Gemeindevorsteher.

Gemeinde und Gut Ober Waldenburg.

Der Kartoffelverkauf für die Woche vom 12. bis 18. Oktober d. J. findet vom Keller Kirchstraße 12 aus wie folgt statt:

Freitag den 10. Oktober 1919:

von 7-8 Uhr	vormittags für die Bewohner des Gutsbezirks	
von 8-9 Uhr	vorm. für die Bewohner der Chausseestr. 1-10,	11-20,
von 9-10		21-30,
von 10-11		31-40,
von 11-12		41-47,
von 12-1	mittags	Mittelstraße 1-9.

Sonnabend den 11. Oktober 1919:

von 7-8 Uhr	vorm. für die Bewohner der Kirchstraße 1-10,
von 8-9	11-20,
von 9-10	21-30,
von 10-11	31-40,
von 11-12	mittags
von 12-12 1/2	Mitterstraße 1-9,
	Albertstraße 1-8.

Auf den Kopf der Bevölkerung werden 10 Pfund Kartoffeln zum Preise von 14 Pfg. je Pfund ausgegeben. Die Ausgabe der Bons erfolgt zur gleichen Zeit im hiesigen Lebensmittelamt. Kleingeld ist mitzubringen.

Ober Waldenburg, 9. 10. 19. Gemeindevorsteher.

Nieder Hermsdorf.

Wahlkarten auf Besesgeteide.

Freitag den 10. Oktober 1919, früh von 9-11 Uhr, können im Lebensmittelamt die Wahlkarten auf Besesgeteide abgefordert werden.

Nieder Hermsdorf, 8. 10. 19. Gemeindevorsteher.

Dittmannsdorf. Einkellerkartoffeln.

Unter Hinweis auf die in den Zeitungen veröffentlichte Anordnung des Kreisamtschusses über die Bezugscheinabgabe für Winterkartoffeln für die Zeit vom 1. Dezember 1919 bis 9. Juni 1920 werden die Haushaltungsvorstände ersucht, die zur Bezugscheinbeantragung erforderlichen Formulare Sonnabend den 11. d. Mts., vormittags, im Gemeindebüro hier gegen Entrichtung von 10 Pfg. pro Formular abzuholen. Demnach hat sich jeder Kartoffelbezieher vom Lieferanten die Lieferungsverpflichtung unterschreiben zu lassen und letztere alsdann sofort ins Gemeindebüro zurückzubringen, und gegen Entrichtung von 15 Pfg. Gebühr den Bezugschein zu bestellen. Derselbe wird vom Landratsamt ausgefertigt und kann später hier in Empfang genommen werden. Dittmannsdorf, 8. 10. 19. Gemeindevorsteher.

Leere

Odolflaschen

werden in den Odol-Verkaufsstellen zurückgekauft
10 Pf. per grosse Flasche
6 „ „ kleine „

Stenographen-Berein „Stolze-Schrey“, Waldenburg.

Dienstag den 14. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr, beginnt ein

Anfängerkursus

in den Räumen der Kaufmännischen Handelsschule an der Bäderstraße. Anmeldungen erbeten an Buchhalter Artelt, Ritterstraße 6, und am Kursusbeginn.

Julius Berger's

Büro für Grundstücks- und Hypothekervermittlungen, Bearbeitung von Testament- und Erbschafts- auseinandersetzungssachen

in Waldenburg in Schles., Sandstraße 2a,

hat jetzt Fernsprechanschluß unter Nr. 1078.

Ältere Damen u. Herren, auch Ehepaare, können einem

Tanzklub

beitreten, in welchem mod. Tänze gelehrt und gelehrt werden. Anmeldungen und Auskunft nur in unserer Wohnung Gartenstraße Nr. 8a.

Tanzlehrer A. Geyer und Frau.

Selbstgeber verleiht von 300 Geld bis 30.000 J. Maus, Hamburg 5.

Privatmann gibt Gelddarlehen jedermann streng reell. Malox Berlin, Brüdenstr. 8.

FROSCHKÖNIG SPRICHT!



Das Beste

behalten, alles Schädliche ablehnen. Geschont und genährt wird das Leder durch den Schuhputz

Erdal

schwarz, gelb, braun, rotbraun
Alleinhersteller: Werner & Mertz, Mainz

KROPP
MAYER
LUKAS

Wilhelm Grögor,

Reichenbach Schl., Mendorfstr. 122,

Stahlwarengeschäft, Fein- und Hoblschleiferei mit elektrischem Betrieb.

empfehlte sich zum Schleifen und Polieren von Tafelmessern, Gabeln, Scheren jeder Art, chirurgischen Instrumenten, Haarschneidemaschinen, Viehscheren, Kastermessern und -Klingen, Messern für Papier- und Holzbearbeitungsmaschinen, Reparaturen von Kaffeemühlern, sowie jeder Schleifarbeits.

Eigene Werkstätte zur Herstellung von Messingbildern.

Annahmestelle bei Herrn Kaufmann Aust, Eisenhandlung, Freiburger Str.